

Die Baugewerkschaft

Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Inseratengeschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 116, Fernsprecher: Amt Lühnow, 2513.
(Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserate u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)
Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 11.

Berlin, den 17. März 1912.

13. Jahrgang.

Das letzte Jahr.

Mit spannender Aufmerksamkeit richten sich die Blicke der Bauarbeiter Deutschlands auf das Jahr 1913. Diegt doch dort das Ende der gegenwärtigen Tarifperiode. Ein neues gigantisches Ringen hebt damit an. Was davon abhängt, ist den Bauarbeitern zu gut bekannt aus dem Jahre 1910. Alle damals aufs heftigste umstrittenen Fragen: Mindestlohn, Akkordarbeit, Arbeitsnachweis usw., werden aufs neue den zwischen Arbeitgebern und Arbeitern bestehenden Interessenstreit beherrschen. Ihre Gefahren sind nicht vermindert, sie bestehen nach wie vor, ja sind zum Teil noch bedenklicher geworden.

Wie wird's werden im Jahre 1913? Das ist die Frage, die heute schon die Gemüter der Bauarbeiter beherrscht. Wird's der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe wieder zum Kampfe treiben? Das läßt sich nicht ohne weiteres beantworten, da man es nicht wissen kann. Was wir aber wissen, ist, daß der Arbeitgeberbund eifrig am Werke ist, seine Organisation auszubauen und den beschlossenen Wehrschuß von einer Million Mark ehestens zusammenzubringen. Für Spielereien wird dieser Wehrschuß wohl kaum gesammelt, sondern, wie man annehmen muß, zu einem sehr ernsten Zweck. Die Macht dieser Summe soll bei der nächstjährigen Tarifrevision mit aller Wucht in die Waagschale geworfen werden, eventuell als vernichtende Waffe gegen die Arbeiterorganisationen dienen.

Und was tun wir angesichts der bestehenden Situation und der drohenden Gefahr? Gewiß wünschen wir nicht den Kampf, sondern einen ehrlichen, aber auch erträglichen Frieden. Darauf war unsere Tätigkeit zu jeder Zeit eingeschaltet. Zum Frieden gehören jedoch immer zwei, und angesichts der Haltung des Gegners ist unsere Aufgabe von selbst gezeichnet. Die beste und einzige Garantie für den Frieden ist eine lückenlos geschlossene und finanziell leistungsfähige Organisation. Sie schützt vor Rückschlägen und Enttäuschungen, verbürgt zugleich den gesunden, den Verhältnissen angepassten Fortschritt.

Braucht's da noch der Frage, was wir zu tun haben? Wahrhaftig nicht. Es drängt unwillkürlich vom Herzen zum Kopf, noch lauter redet der Verstand: eine von Begeisterung und Energie getragene Frühjahrsagitation. Das letzte Friedensjahr muß mit fieberhafter Agitation ausgefüllt werden, der Herbst muß eine lückenlos geschlossene Organisation aufweisen. Ebenso ist auf die finanzielle Stärkung des Verbandes größtes Gewicht zu legen. In die Arbeit darum, keiner darf sich ihr entziehen. Sei jeder ein Agitator für den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Die Unfallversicherung in 1910.

Die Rechenergebnisse der gesamten Unfallversicherung für das Jahr 1910 liegen nunmehr vor und können einer kritischen Würdigung unterzogen werden. Wir werden zunächst eine allgemeine Uebersicht geben, und alsdann die Ergebnisse der Baugewerksberufsgenossenschaften in besonderen Artikeln behandeln, da diese von spezieller Wichtigkeit für uns sind. Die in Klammern beigefügten Zahlen sind die Ergebnisse des Jahres 1909.

Organisation.

Der Unterbau der Unfallversicherung gliedert sich in Berufsgenossenschaften und in staatliche und Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden. Den Baugewerks-Berufsgenossenschaften und der Tiefbau-Berufsgenossenschaft sind besondere Versicherungsanstalten für Regiebauten und dergleichen angegliedert, ferner eine der See-Berufsgenossenschaft. Im Jahre 1910 bestanden 66 (66) gewerbliche Berufsgenossenschaften mit 14 (14) Versicherungsanstalten, 48 (48) land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, 210 (210) staatliche und 336 (336) Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden. Die 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften umfaßten 322 (322) Sektionen und 725 109 (715 953) Betriebe mit 9 351 878 (9 003 908) durchschnittlich versicherten Personen oder 8 291 936 (7 945 797) Vollarbeitern. Die Zahl der versicherten Betriebe stieg somit gegen das Vorjahr um 9256, die der durchschnittlich versicherten Personen um 377 970 und die der Vollarbeiter um 346 139. Auf einen Vollarbeiter sind 300 Arbeitstage gerechnet. Die 48 land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften umfaßten 293 (294) Sektionen und 5 434 100 (5 434 100) Betriebe mit 17 179 000 (17 179 000) durchschnittlich versicherten Personen. Die Zahlen der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften über Betriebe und Arbeiter sind der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik von 1907 entnommen, weil vollständige Nachweise der kleinen und kleinsten Betriebe nicht zu erlangen sind. Bei den gewerblichen, land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften dürften 3,4 Millionen Personen doppelt gezählt sein, da nach der Berufsstatistik von 1907 2 949 756 Erwerbstätige ermittelt wurden, die neben ihrem Hauptberuf in der Industrie einen Nebenberuf in der Landwirtschaft und 346 000 Personen einen solchen umgekehrt hatten, mithin doppelt versichert waren. Bei den Staats-, sowie Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden wurden 992 964 (984 537) durchschnittlich beschäftigte Personen oder 746 383 (737 320) Vollarbeiter nachgewiesen.

Verwaltet wurden die 114 gewerblichen und land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften von 1161 (1161) Mitgliedern der Genossenschaftsvorstände und 5838 (5844) Mitgliedern der Sektionsvorstände. Ferner standen in ihren Diensten 4470 (4380) Verwaltungsbeamte, 26 646 (27 839) Vertrauensmänner und 385 (363) technische Aufsichtsbeamte. Die Zahl der Vertrauensmänner, das sind Unternehmer, die die Beaufsichtigung der Betriebe im Nebenamt ehrenamtlich ausüben, ging um 1163 zurück, die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten stieg um 22. Im Gesamtdurchschnitt entfällt somit auf 71538 durchschnittlich versicherte Personen ein technischer Aufsichtsbeamter. Bei einer Auseinandersetzung der gewerblichen mit den land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften verschiebt sich das Bild zugunsten der ersteren, da in den gewerblichen Berufsgenossenschaften 339 (268) in den land- und forstwirtschaftlichen aber nur 46 technische Aufsichtsbeamte angestellt sind. In den gewerblichen Berufs-

genossenschaften entfällt hiernach im Durchschnitt auf 27 675 durchschnittlich versicherte Personen ein technischer Aufsichtsbeamter. Das ist jedoch nur zahlenmäßig so, in Wirklichkeit gestaltet sich das an und für sich schon kaum mehr zu überbietende ungünstige Verhältnis noch ungünstiger, da die technischen Aufsichtsbeamten zum Teil auch noch mit Verwaltungsarbeiten belastet werden.

Einnahmen und Ausgaben.

Die 114 Berufsgenossenschaften hatten im Berichtsjahre eine Einnahme von 214 834 293,17 Mark (208 673 500,54 M.). Dagegen stand eine Ausgabe gegenüber von 204 473 651,67 M. (187 798 543,90 M.). Die Ausgaben verteilen sich auf folgende Posten:

a) Entschädigungen	147 991 435,01 M. (146 302 256,52 M.)
b) Kosten der Fürsorge für Verletzte innerhalb der gesetzlichen Wartezeit	1 085 142,71 M. (921 129,99 M.)
c) für Tilgung und Verzinsung der schwebenden Schuld aus dem Jahre 1909	6 124 277,75 M. (—)
d) Kosten der Unfalluntersuchungen und der Feststellung der Entschädigungen	5 495 116,70 M. (5 395 739,70 M.)
e) Kosten d. Rechtsganges (Schiedsgerichtskosten usw.)	2 641 537,48 M. (2 626 514,40 M.)
f) Kosten der Unfallverhütung	2 206 321,92 M. (2 092 595,72 M.)
g) Laufende Verwaltungskosten	15 638 175,37 M. (14 995 059,12 M.)
h) Sonstige Ausgaben	1 649 629,98 M. (1 406 170,58 M.)
i) Einlagen in den Reservefond	21 597 014,75 M. (14 059 077,87 M.)

Unter diesen Summen fällt die verhältnismäßig niedrige für Unfallverhütung auf; sie wird von der für Kosten des Rechtsganges um über 400 000 M. übertroffen. Auf die herrschende soziale Stimmung in den Berufsgenossenschaften läßt das keinen besonders günstigen Schluß zu.

Der Vermögensbestand der Berufsgenossenschaften betrug 505 500 987,97 M. (479 835 267,36 M.). Davon waren dem Reservefonds zugeführt 305 906 516,53 M. (287 975 914,49 M.). Der übrige Teil war Betriebsfonds und sonstiges Vermögen.

Die Versicherungsanstalten vereinnahmten Mark 4 202 442,75 und verausgabten 2 932 432,66 M. Der Vermögensbestand betrug 18 796 191,39 M. Die Staats-, Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden verausgabten insgesamt 20 415 234,89 M.

Die Gesamtsumme der gezahlten Entschädigungsbeträge (Renten usw.) beläuft sich im Rechnungsjahr auf 163 326 820,23 M. gegen 161 332 900,01 M. in 1909, gegen 86 649 946,18 M. im Jahre 1900, gegen 20 315 319,55 M. in 1890 und gegen 1 915 366,24 M. im Jahre 1886, dem Jahre der Einführung der Unfallversicherung.

Unfälle und Unfallentschädigung.

Im Jahre 1910 gelangten Unfälle bei den Berufsgenossenschaften zur Anmeldung 615 768 (604 545), bei den Ausführungsbehörden 53 857 (56 306), bei den Versicherungsanstalten 3336 (3336). Insgesamt 672 961 gegen 664 247 in 1909, somit eine Steigerung um 8714. Die gleiche Erscheinung tritt jedoch nicht bei den erstmalig entschädigten Unfällen auf, im Gegenteil ist hier ein Rückgang zu ver-

zeichnen. Sie betrug bei den Berufsgenossenschaften 125 836 (132 226), bei den Ausführungsbehörden 4988 (5538) und bei den Versicherungsanstalten 1240 (1306). Insgesamt 132 064 gegen 139 070 in 1909. Dieser Rückgang um 7006 ist noch kein Beweis dafür, daß die Unfallziffer an sich zurückgegangen ist, wie ja auch die Steigerung der zur Anmeldung gelangten Unfälle beweist. Es handelt sich eben um erstmalig entschädigte Unfälle. Ein Teil der gemeldeten Unfälle kommt überhaupt nicht zur Entschädigung, da es sich nur um geringe Verletzungen handelt, die bloß zu Lasten der Krankentassen fallen, ein Teil kann erst im neuen Jahre zur Entschädigungsfestsetzung gelangt sein. Immerhin scheint ein, wenn auch nur geringer, relativer Rückgang der Unfallziffern vorzuliegen. Die Mehrung der zur Anmeldung gelangten Unfälle erklärt sich aus der gesteigerten Zahl der Versicherten, wohl auch daraus, daß heute kleinere Verletzungen, die früher nicht beachtet wurden, zur Anmeldung gelangen.

Von den erstmalig entschädigten Unfällen verließen 8857 (9363) tödlich und 1072 (1118) mit einer dauernden, völligen Erwerbsunfähigkeit. Unter der obengenannten Voraussetzung also auch hier ein Rückgang. Ein graufiges Bild, zu wissen, daß jährlich 10 000 Menschen auf dem Schlachtfelde der Industrie und der Landwirtschaft dem Tode oder völliger Erwerbslosigkeit verfallen und über 120 000 in mehr oder minder schlimmer Weise Verletzungen davontragen. Die tödlich Verletzten hinterließen 5956 (6372) Witwen (Witwer), 12 416 (13 288) Kinder und Enkel und 279 (307) Verwandte aufsteigender Linie, die entschädigungsberchtig waren.

Aus diesen Zahlen geht die Bedeutung der Unfallversicherung für die Arbeiterschaft hervor. Noch mehr aber die vorbeugende Tätigkeit der Unfallversicherung im Interesse unseres Volksganzen. Darauf ist das Schwerk Gewicht zu legen. Arbeiter und Unternehmer, sowie Behörden und Gesetzgebung müssen Hand in Hand auf diesem Gebiete arbeiten, um das Menschenmögliche zu erreichen. Die Arbeiterorganisationen können von sich behaupten, daß sie bisher ihre Schuldigkeit getan haben, auch gegen Widerstand und Unbereitschaft.

Die christlichen Gewerkschaften und die politischen Kämpfe der Gegenwart.

Ueber dieses Thema sprach Generalsekretär Kollege Stegerwald am 2. und 3. März in zwei großen, sehr zahlreich besuchten Versammlungen der christlichen Gewerkschaften Kölns und Düsseldorf's.

Redner behandelte zunächst das Ergebnis und die Begleiterscheinungen der letzten Reichstagswahlen. Das Anwachsen der Sozialdemokratie sei für den genauen Beobachter der gütigen, politischen und sozialwirtschaftlichen Entwicklung nicht überraschend gewesen. Daß die Sozialdemokratie 1912 mindestens vier Millionen Stimmen erhalten werde, war vorauszu sehen. Verblüfft hat verschiedene nur die Tatsache, daß ihr 110 Mandate zufielen. Davon sei der Sozialdemokratie infolge des Zwistes unter den bürgerlichen Parteien ein großer Teil geradezu geschenkt worden. Eine bedenkliche Erscheinung sei weiter die Tatsache gewesen, daß von den Parteien, die gemeinsam am dem Boden der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung und der monarchischen Staatsform stehen, bei dem Wahlkampf die schwierigste internationale Lage Deutschlands keinerlei Rücksicht genommen worden sei. In sozialdemokratischen Lager sei man in weiten Kreisen bange um den letzten Sieg. Man wisse nicht mehr, was man damit anfangen solle. Die Sozialdemokratie sei in nächster Zeit mehr denn je ein Solus auf übermühten Füßen.

In weiteren Verläufe seiner Ausführungen kam Kollege Stegerwald auf den Gewerkschaftsstreik im katholischen Lager und die damit zusammenhängenden Verbindlichkeiten der christlichen Gewerkschaften zu sprechen und machte dazu folgende programmatische wichtige Ausführungen:

Seit 1 1/2 Jahren hat die sozialdemokratische Presse bei jedem, das auch eine Anzahl sozialistischer und kommunistischer Blätter, in den verschiedensten Variationen immer wieder geschrieben: Nach den letzten Reichstagswahlen habe ein kirchliches Verbot der christlichen Gewerkschaften bestanden. Sie haben uns auf berufliche Schwierigkeiten nicht mehr eingegangen, da wir Nichtigeres zu tun hätten, als auf Agitationsmanöver und Intrigen immer wieder in laienhaften Ausführungen zu antworten. Die Reichstagswahlen vorher! Die sozialdemokratische Agitation ist nicht mehr zu machen.

Die kirchliche Verbotung ist schon seit langem gegeben. Sie wird nur noch jetzt nach dem Willen ausgeschrieben, weil die Frage des christlichen Gewerkschaften erstens...

lichen Verbots der christlichen Gewerkschaften zu äußern. Ich brauche dieses indes nicht mehr, da in den letzten Wochen zwei Rundgebungen von deutschen Bischöfen bekannt wurden, die die Lage klärten. Ich meine die Reden der Herren Bischöfe von Eildesheim und Paderborn. Die neueste Äußerung des Observatoro Romano läßt die Gegner ebensowenig auf ihre Rechnung kommen, was sich in kurzer Zeit noch deutlicher herausstellen wird. Nachdem aber in den letzten Monaten Ströme von Tinte wegen der christlichen Gewerkschaften geflossen sind, halte ich einige kurze zusammenfassende Bemerkungen dennoch für angebracht.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird im Ausland meist völlig unzutreffend beurteilt; sie ist etwas ganz anderes als die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in fast allen übrigen, insbesondere in den romanischen Ländern. Dort hat man es zu tun entweder mit Gruppen, die ausschließlich oder vorwiegend nach der politischen Macht streben und damit glauben, die Arbeiterklasse glücklicheren Tagen entgegenführen zu können, oder mit Organisationen, die überwiegend religiöse Zwecke verfolgen, aber aber mit anarchistischen Gruppen, die die Sabotage (Zerstörung von Produktionsmitteln) als hauptächlichste Kampfmittel der Arbeiterbewegung ansehen. Daß der Gewerkschaftsbewegung in ihrem ureigensten Interesse auch Aufgaben obliegen hinsichtlich der positiven Mithilfe bei Steigerung der Produktivität, der Mitarbeit an der Verbesserung gesunder Verhältnisse im Gewerbe auf dem Wege der Vereinbarung von Gesetzesentwürfen, die für das ganze Reich Gültigkeit haben (nationale Tarifverträge), das sind für die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in den meisten romanischen Ländern heute noch entweder schier unmaßbare Begriffe, oder aber solche, die mit einer Handbewegung abgetan werden. Die klare Erfassung praktischer, positiv wirtschaftlicher Zwecksetzung scheidet eben dort noch fast völlig aus.

Damit hängt zusammen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland unbedingt eine zentralisierte Bewegung sein muß. Die ihr angeschlossenen Verbände können nicht anders als die betreffenden Berufsgenossen für das ganze Reich in eine einheitliche Organisation zusammenzufassen. Vereinigungen mit religiös-erzieherischen Zwecken bedürfen einer solchen Zentralisation nicht in dem gleichen Maße. So sehen wir beispielsweise die katholischen Arbeitervereine nach Diözesen organisiert und dann föderativ zusammengefaßt. Eine derartige Organisation wäre aber für die christlichen Gewerkschaften völlig unbrauchbar. Deutschland stellt ein einheitliches Wirtschaftsgebiet dar, die deutsche Arbeiterschaft- und Gewerbe-Gesetzgebung ist eine einheitliche, die Arbeitgeberverbände stehen meistens unter einheitlicher Leitung, die sozialistischen Gewerkschaften haben eine streng zentralisierte Organisationsform angenommen, sie zählen heute in 50 Industrieverbänden, die sich über das ganze Reich erstrecken, rund 2 1/2 Millionen Mitglieder.

Nationale Tarifverträge, eine großzügige Gewerbepolitik, die Umformung des Arbeitsverhältnisses, der einheitlich und systematisch ineinandergreifende Ausbau des Einigungswezens sind nicht möglich mit Lokalorganisationen irgendwelcher Art.

Die Bildung von christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereinen nebeneinander als zwei selbstständiger Organisationsgruppen, die sich in ihrem Aufgabengebiet gegenseitig zu ergänzen haben, ist also nicht als das Ergebnis einer freien oder allmählich liebge gewordenen Idee anzusehen; diese Organisationsform und gegenwärtige Aufgabenabgrenzung ist vielmehr organisch aus den bestehenden Verhältnissen erwachsen und aus der Erwägung heraus zustande gekommen, daß die christliche Arbeiterschaft ihren Raum zu stellen und sich Einfluß zu verschaffen und praktische Aufgaben des Tages zu lösen hat. In den romanischen Ländern steht die Arbeiterschaft den religiös-juristischen Bedürfnissen der Zeit meist gleichgültig gegenüber, während die christliche Arbeiterschaft in wirtschaftlicher Hinsicht fast gar nichts zu melden hat.

Dabei ist die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands weiter gegangen als jede andere Interessentengruppe. Man nennt uns doch einmal die Arbeitgeberverbände, De zillistenvereine, Arztorganisationen, Bauernvereine, die mit kirchlichen Organisationen — als solche sind die konfessionellen Arbeitervereine in der Hauptsache anzusehen — eine Abgrenzung ihres Aufgabengebietes vorzunehmen und in einer Anzahl von Fragen mit diesen Organisationen zusammenarbeiten. Den Arbeitern eine Organisationsform zusammenzusetzen, die den Forderungen des nationalen Wirtschaftslebens nicht entspricht und die sie deshalb nicht befähigen würde, an dem berechtigten materiellen Ansping des Arbeiterstandes mitzuwirken, kann unmöglich in den Intentionen irgendeiner kirchengemeinschaft liegen.

Trotzdem sind der christlichen Gewerkschaftsbewegung Angriffe nicht erspart geblieben, als sei sie vom religiös-kirchlichen Standpunkte aus nicht einwandfrei.

An diese Kreise im In- und Auslande näher einzugehen, lehnt die christliche Gewerkschaftsbewegung, wie schon gesagt, ab. Sie kann das um so mehr, als ihr grundsätzlicher Standpunkt durch wiederholte Rundgebungen in Wort und Schrift genügend geklärt worden ist. Alle die generellen Darlegungen in meinen Vorträgen und Broschüren sind nichts als längst widerlegte Unterstellungen, die nur in einem neuen Gewande und in einer Zusammenstellung anspruchsvoller. Darum beschränke ich mich darauf, ausdrücklich mit Rücksicht auf die wohlmeinenden Beobachter und Kritiker unserer Bewegung an dieser Stelle nochmals kurz den prinzipiellen Standpunkt der christlichen Gewerkschaftsbewegung nach der religiösen Seite festzustellen. Dabei betone ich ausdrücklich, daß ich nicht etwa lediglich meine persönlichen Ideen wiederbebe, sondern namentlich des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes der christlichen Gewerkschaften rede. Ich rechne mich als kurz:

Die christlichen Gewerkschaften sind gegründet worden in dem Zweck, den christlichen und evangelischen Arbeitern eine Organisation zu verschaffen, die zur Verfolgung ihrer gewerkschaftlichen Interessen zu dienen, in der von ein-

zelnen Mitgliedern Feindselig Anschauungen oder Handlungen im privaten oder öffentlichen Leben, insbesondere auch in Angelegenheiten des wirtschaftlichen Gebietes zu gemeldet werden, die unvereinbar sind mit den Glaubens- und Sittenlehren der katholischen bzw. evangelischen Kirche, so wie sie in diesen von der zuständigen Autorität gelehrt werden. Auf diesem Boden haben die christlichen Gewerkschaften stets gestanden und werden sie in Zukunft stehen.

Die christlichen Gewerkschaften beschränken statutgemäß ihr Arbeitsgebiet auf die Behandlung praktischer Fragen wirtschaftlicher Natur: die Interessenvertretung der Arbeiter im Arbeitsverhältnis und was damit zusammenhängt. Die Pflege des religiösen und sittlichen Lebens weisen sie deshalb der Kirche, der Familie und den konfessionellen Vereinen, insbesondere den Standesvereinen zu, die Erörterung und Behandlung politischer Fragen den politischen Parteiorganisationen. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften haben niemals verkant, daß im Wirtschaftsleben, wie auch sonst im Leben, Fragen aufstauden können, die das religiös-sittliche Gebiet berühren. Warum hätten sich sonst die christlichen Gewerkschaftler von den sozialdemokratischen Gewerkschaften geübert organisiert, wenn sie nicht dieser Überzeugung wären? Es ist stets und ständig betont worden, daß der spezifisch sozialdemokratische Klassenkampf, wie er von der Sozialdemokratie in das Gewerkschaftsleben hineingetragen wird, von den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht bloß aus nationalen, sondern auch aus religiösen Gründen abgelehnt wurde. Darüber hinaus sind sich die christlichen Gewerkschaften stets bewußt geblieben, daß die Sozialdemokratie nicht bloß eine wirtschaftliche Organisation darstellt, sondern auch aus der materialistischen Weltanschauung heraus operiert und auch die Weltanschauung offen vertritt. Mit Rücksicht darauf haben die christlichen Gewerkschaften stets dem zweiten Glied der christlichen Arbeiterbewegung, den konfessionellen Arbeiter-, Gesellen- und Jugendvereinen, die größte Bedeutung zugemessen. Das haben sie insbesondere dadurch bewiesen, daß sie immer wieder ihre Mitglieder zum Eintritt in die konfessionellen Standesvereine aufforderten, in der selbstverständlichen Erwartung, daß auch die konfessionellen Vereine ihre Mitglieder den christlichen Gewerkschaften ebenso eifrig zuführen.

Neben den vorstehend dargelegten sind es hauptsächlich noch zwei Punkte, bei denen die Kritik gegen die christlichen Gewerkschaften einsetzt: 1. Deren Verhalten zum Streik. 2. Die Forderung der christlichen Gewerkschaften auf Selbstständigkeit ihrer Organisation. Was den Streik angeht, so findet man im christlichen Gewerkschaftslager keine große Begeisterung für dieses Kampfmittel. Trotzdem kann es für die Arbeiter der Privatindustrie unter keinen Umständen entbehrt werden. Auch die katholischen Gewerkschaften Hollands stehen wie die christlichen Gewerkschaften Deutschlands in der Streikfrage auf dem gleichen Standpunkt. Womit sollen denn zum Schluß sozialrückständige und eigensinnige Arbeitgeber zum Nachgeben bestimmt werden, wenn die Arbeiter auf den Streik als gewerkschaftliches Kampfmittel verzichten? In der gegenwärtigen Staats-, Rechts- und Wirtschafts-Ordnung ist der Streik für viele Arbeitergruppen unentbehrlich. Auf eine Einschränkung des Streiks kann allerdings hingearbeitet werden. Dafür gibt es die verschiedensten Mittel: es kann ein Teil der Differenzpunkte zwischen Arbeitgebern und Arbeitern durch die Gesetzgebung geregelt, das Tarifwesen gepflegt, das Einigungswezen viel wirksamer ausgebaut werden usw. Aber alle Differenzpunkte werden sich mit den beschriebenen Hilfsmitteln nicht beseitigen lassen. Der Wirtschaftsorganismus ist ja im Zeitalter des Weltverkehrs und des Weltverkehrs viel zu kompliziert, als daß alle möglichen Differenzpunkte durch allgemeine Gesetzgebungsvorrichtungen oder behördliche Reglementierungen behoben werden könnten. Damit würden wir wieder zurückkehren zur Area des Polizeistaates, in der zuguterletzt das gewerbliche Leben daniederlag und sich nicht entwickeln konnte. Ein gewisses Maß freier Initiative und Bewegungsfreiheit ist im Zeitalter der Technik und schrankenloser Weltkonkurrenz sowohl im Interesse der Industrie, wie in demjenigen der Arbeitgeber und Arbeiter unentbehrlich. Die Schäden und Verluste, die zeitweise durch Streiks Arbeitgeber und Arbeiter sowie die Volkswirtschaft erleiden, wiegen das Maß der Vorteile nicht auf, die durch die unbedingte notwendige freie Initiative und Bewegungsfreiheit der Faktoren Kapital und Arbeit der gesamten Volkswirtschaft gewährleistet werden. Eine absolute vollkommene Rechts-, Staats- und Wirtschafts-Ordnung wird es nie geben.

Bezüglich der Selbstständigkeit der christlichen Gewerkschaften ist dieses zu sagen: Zunächst wollen die christlichen Gewerkschaften unter keinen Umständen eine Ausnahmestellung; sie beanspruchen für sich nur das, was die Organisationen der übrigen Erwerbs- und Interessentenschichten (die Hunderte von Krüppel- und Synbildate, die mächtigen Arbeitgeberverbände, die taujende gewerblicher und bauerlicher Genossenschaften, die Bauernvereine, die Innungen, die Detaillistenverbände, die Vereinigungen der Ärzte, Juristen, Beamten usw.) für sich als Selbstverständlichkeit betrachten und was diesen bisher noch von niemandem verwehrt wurde. Weiter müßten wir aber auch unsere Kritiker einen gangbaren Weg zeigen, wie das richtige Verhältnis zwischen christlicher Gewerkschaftsbewegung und etwa einer offiziellen Vertretung der kirchlichen Hierarchie (Beirat) hergestellt werden könnte.

Bei Zivilprozessen liegt oft die Sache so kompliziert, daß sich der Prozeß jahre lang hingieht, und oft ein Duzend Termine zwecks neuer Beweiserhebungen angehängt werden müssen. Bei den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter liegen in den meisten Fällen die Verhältnisse sowohl nach der Seite der wirtschaftlichen Möglichkeiten, wie auch nach der rechtlichen und moralischen Seite mindestens so kompliziert als bei einem schwierigen Zivilprozeß. Was soll denn in einer solchen Situation eine kirchliche Stelle tun, wenn sie zur Entscheidung angerufen wird? Soll sie die meist in der Mehrzahl befindlichen sozialdemokratischen und evangel-

Kollegen! Mit Eifer und Energie muß die Frühjahrsagitation betrieben werden.

schon Arbeiter oder die meist evangelischen Arbeitgeber als Zeugen vernennen? Oder soll sie bei kompliziert liegenden Fällen den Streitgegenstand so lange verlagern, bis die Verhältnisse genügend geklärt sind? In solche Rückschlüsse wird sich ohne Zweifel weder die Mehrzahl der Arbeitgeber, noch die Mehrzahl der Arbeiter stören, weil dabei in vielen Fällen die günstigen Konjunkturen und Extraktionen und damit die Voraussetzungen zu gewerkschaftlichen Erfolgen verstrichen wären.

In den letzten Jahren sind mehrere Fälle bekannt geworden, in denen Arbeitervereinspräsidenten in Industrieorten sich energisch der Rechte der Arbeiter annahmen. Was war die Folge? Die Fabrikanten und ihr Anhang — verständlich ließ sich selbst eine Anzahl Arbeiter zu dieser Rolle mißbrauchen — inszenierten eine wahre Hetzjagd gegen den geistlichen Präses, mit dem Ergebnis, daß dieser an dem betreffenden Orte eine erprobte Wirksamkeit nicht mehr ausführen konnte und vertrieben werden mußte. Und jedesmal kann man dann erleben, wie die Sozialdemokratie die Sache dahin ausnützt: der Bischof habe sich auf die Seite der Arbeitgeber gestellt. — Ein Herr Pfarrer erzählte mir vor Jahren dieses: Er kam neu an einen Ort mit zahlreicher Arbeiterbevölkerung. Dieser Ort stand nicht in bestem Rufe. Die Fabrikanten bestürmten den Pfarrer das Haus und legten Bücher vor, wonach sie in den letzten Jahren mit großer Unterbilanz gearbeitet haben wollten. Wenn die Arbeiter nicht zur Ruhe und Mäßigkeit gebracht würden, müßten sie ihre Fabriken schließen. Der Herr Pfarrer wirkte, nachdem ihm auch von anderer Seite ähnliche Mitteilungen gemacht worden waren, auf die Arbeiter entsprechend ein. Und das Ergebnis? Die Arbeiter mißtrauten ihm und gingen nicht mehr zur Kirche. Später stellte sich heraus, daß der Herr Pfarrer von den Fabrikanten und ihren Hintermännern schmählich angelogen worden war. „Wie wieder,“ sagte mir der betreffende Herr später, „lasse ich mich auf solche Sachen ein. Ich hatte nahezu fünf Jahre zu tun, um das verloren gegangene Vertrauen der Arbeiter des Ortes wieder zu gewinnen.“ Heute ist an dem Orte eine starke Zahlstelle eines christlichen Verbandes. Der Herr Pfarrer ist heute glücklich, daß er ähnlichen Fragen aus dem Wege gehen kann.

Schließlich noch folgende Begebenheit. Ich kenne Geistliche, die über die Verhältnisse eines Industriebezirks sehr unglücklich sind. In wenigen Jahren haben sich in dem Bezirk eine Anzahl Arbeiterdörfer gebildet; es mußten Kirchen gebaut und Pfarrstellen geschaffen werden. Auch die Industriellen haben dabei finanziell mitgewirkt. Jetzt sieht es in den betreffenden Dörfern so aus: fördert die Geistlichkeit die christliche Arbeiterbewegung direkt oder indirekt, so drohen die Fabrikanten mit Entziehung der Zuschüsse für kirchliche Zwecke; überläßt dagegen die Geistlichkeit die in sozialer Hinsicht ungeschulten Arbeiter ihrem Schicksal, so sind diese in ganz kurzer Zeit der Sozialdemokratie überantwortet. Das sind einige Tatsachen aus der Praxis. Mit nett abgezielten Prinzipien, die auf die praktische Wirksamkeit keine Rücksicht nehmen, läßt sich weder das Volksleben noch die Arbeiterbewegung in einen bestimmten Rahmen hineinpressen. Die Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften, in dem Sinne wie sie gedacht ist und wie ich sie hier umschrieben habe, ist ebenso sehr im Interesse der Kirchengemeinschaften wie der Gewerkschaften gelegen.

Endlich noch einige persönliche Bemerkungen. Mich hat man in letzter Zeit wegen zweier Vorgänge öffentlich angegriffen: wegen des bekannten Briefes an den Verleger der „Königlichen Volkszeitung“ und wegen meiner Teilnahme an dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften Hollands im November 1911 in Rotterdam. Der Brief an Herrn Wachem war ein Privatbrief. Die Auswertung dieses Privatbriefes im katholischen Lager finde ich in höchstem Maße unanständig. Der Brief ist vor drei Jahren geschrieben und in der Zwischenzeit in unberührte Hände gelangt, und zwar nicht durch die Schuld des Generalsekretariats der christlichen Gewerkschaften. Aus diesen Tatsachen heraus hatte ich auch keine Berechtigung, nachträglich ein weiteres zu tun, als in der Erklärung, die ich in der „Königlichen Volkszeitung“ veröffentlichte. Derjenige, der im öffentlichen Leben an exponierter Stelle steht und alle seine Privatbriefe bei Lebzeiten hinter seinem Rücken veröffentlicht sehen möchte, werfe den ersten Stein auf mich. Damit ist diese Briefgeschichte für mich erledigt. Dann sagt man, ich sei im November 1911 in Rotterdam auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften Hollands gewesen, obwohl ich gewußt hätte, daß die holländischen Bischöfe mit bestimmten Ausnahmen nur katholische Gewerkschaften wünschen. Das sei eine Provokation an die Adresse der holländischen Bischöfe gewesen. Kur gemacht! Mit Provokationen hatte meine Anwesenheit in Rotterdam nicht das allermindeste zu tun. Ich bin vor drei Jahren zum internationalen Sekretär der christlichen Gewerkschaften gewählt worden. Die christlichen Gewerkschaften Hollands sind dem internationalen Sekretariat angeschlossen. Wenn diese mich zu ihren Tagungen einladen, bin ich verpflichtet, ihren Verhandlungen beizuwohnen. Ich habe also lediglich meiner Pflicht genügt.

Damit will ich die Streitgegenstände über die christlichen Gewerkschaften verlassen. Die christlichen Gewerkschaften werden, wie in den letzten Jahren, sich auch in nächster Zeit nicht mehr auf breite grundsätzliche Erörterungen einlassen, sondern auf der feitherrigen bewährten Grundlage weiterarbeiten. In der eingangs erwähnten Rede des Herrn Bischofs von Haberhorn wurde u. a. ausgeführt: „Dieser langjährige Streit ist niemandem willkommen und nützlich gewesen als den sogenannten freien Gewerkschaften der Sozialdemokratie. Ich verstehe dabei nicht, daß die Infolge des Zwistes öfter gepflogenen prinzipiellen Erörterungen, z. B. über die Beziehung der wirtschaftlichen Arbeit zur übernatürlichen Bestimmung des Menschen oder über die sittliche Erbschaft

einzelner Mittel wirtschaftlicher Selbsthilfe auch ihr Gutes gehabt haben, indem sie zur Klärung wichtiger Fragen führten — jedenfalls ist es aber jetzt an der Zeit, des bedauerlichen Habers zu vergessen und leidenschaftlos auf eine Verständigung hinzuwirken. Soweit ich die gegenwärtige Situation übersehe, brauchen wir, Gott sei Dank, die Hoffnung nicht aufzugeben, daß die ersehnte friedliche Verständigung auch wirklich kommen wird.“

Den christlichen Gewerkschaften ist eine Verständigung sehr erwünscht; sie können allerdings einer solchen nur zustimmen auf dem Boden der Grundsätze, die hier entwickelt wurden.

Dann kam Redner noch auf die praktischen Aufgaben der nächsten Zukunft sowohl auf dem Gebiete der gesetzlichen Sozialreform wie dem der organisatorischen Selbsthilfe zu sprechen. In der Sozialpolitik wären als wichtige Fragen zunächst in Angriff zu nehmen: 1. Habe sich die gesetzliche Sozialreform der neuzeitlichen wirtschaftlichen Entwicklung besser anzupassen. 2. Das Wohnungsproblem. 3. Ausbau des Einigungswezens, mit einem Reichseinigungsamt an der Spitze. 4. Eine Regelung der Arbeitsnachweisfrage. Auf gewerkschaftlichem Gebiet gelte es, weiter Aufklärungsarbeit zu leisten, die Arbeitsfreude zu wecken, die Zahl der Mitarbeiter ständig zu vermehren und mit dem einheitlichen Willen zur Tat am weiteren Ausbau unserer Bewegung zu arbeiten. Beide Versammlungen gestalteten sich zu bedeutamen Kundgebungen für die gesamte christlich-nationale Arbeiterbewegung.

Allgemeines.

„Schwarzer Arbeiterfang.“ Unter dieser Stichmarke entrollt sich die bayerische rote Presse (Münchener Post Nr. 47) über den Präses des katholischen Arbeitervereins von Grafenwöhr in der Oberpfalz, der seine Gesinnungsfreunde auffordert, ihm die aus ihren Heimatorten nach Grafenwöhr abwandernden Arbeiter zu melden, und bemerkt dazu:

„Diese längst bekannten Manöver, die keinen anderen Zweck haben, als die Arbeiter in den schwarzen Vereinen

Hast du dich schon vergewissert, ob deine Mitarbeiter alle organisiert sind? Ebenso deine Freunde und Bekannten? Wenn nicht, dann hole es schnelligst nach. Der vorwärtsstrebende Gewerkschaftler erachtet es für seine Pflicht, die Unorganisierten dem Verbands zugzuführen.

so präparieren zu können, daß sie sich zu willigen Ausbeutungsobjekten der Unternehmer hergeben, deren Zügel die schwarzen Herrschaften sind, werden nicht verhindern, daß auch in der Oberpfalz die Sozialdemokratie immer mehr an Boden gewinnt. Das beweisen ja auch die letzten Wahlen.“

Natürlich ist das eine gemeine Verleumdung von dem roten Papier. Aber dürfen denn nur die Sozialdemokraten den Zuzug von Gesinnungsgenossen betreiben? Dieses Recht nehmen alle anderen genau so für sich in Anspruch, wenigstens jetzt noch, wo wir in keiner roten Amalthealawne, sondern in einem freien Rechtsstaate leben. Leider wird auf unserer Seite noch viel zu wenig von der Verpflichtung von Gesinnungsgenossen Gebrauch gemacht. Und was beweisen die letzten Wahlen? Daß die Sozialdemokratie bei der letzten Wahl mit dem Großkapital in engster Verbünderschaft stand, ganz besonders mit dem jüdischen Börjunkturkapital. Warum wohl mag das Großkapital die Sozialdemokratie unterstützen haben? Doch nur deshalb, weil es eine Förderung seiner Interessen von ihr erwartet. Umgekehrt paßt daher die von der „Münchener Post“ ausgesprochene Behauptung am besten auf sie selbst.

Ohne Terrorismus kommt die Sozialdemokratie nicht aus, selbst nicht in ihren eigenen Reihen. Unter den württembergischen Sozialdemokraten tobt zurzeit ein heftiger Bruderkrieg. Mehrere Wöppinger „Genossen“, denen das dortige Parteiorgan die Spalten verscherte, veröffentlichten in der in Ulm erscheinenden „Donauwacht“ eine den brüderlichen Kampf betreffende Erklärung, worin es sehr bezeichnend heißt:

„Es steht fest, daß unser Parteileben in Wöppingen vergiftet ist. Warum? Weil hier ein bedauerlicher Grundsatz, den wir in der sozialdemokratischen Partei nicht aufkommen lassen dürfen, hochgehalten wird, und den der Vorsitzende der Wöppinger sozialdemokratischen Partei (der Landtagsabgeordnete Kinkel) in einer Parteivorversammlung offen aussprach: Ohne Terrorismus, auch innerhalb unserer Reihen, kommen wir in unserem Parteileben nicht aus!“

Die Erklärung ist von zwei sozialdemokratischen Bürgerauschußmitgliedern (Widmann und Guttelmaier) und einem Krautentlassenangehörten (Engelmann) unterzeichnet. — Was der sozialdemokratische Führer Kinkel da in einem schwachen Augenblick offen ausgesprochen hat, ist nicht nur in Wöppingen, sondern fast allgemein in der Sozialdemokratie geltender Grundsatz. Und wenn die Sozialisten schon gegen eigene Parteizugehörige Terroris-

mus anwenden, dann kann man sich einen Begriff davon machen, welche Mittel sie gegen grundsätzliche Gegner anzuwenden belieben.

Die angebliche Neutralität der Hirsch-Dunderfischen Gewerksvereine zeigt immer wieder ganz bedenkliche Lächer. Der Ortsverband Dresden der H.-D. Gewerksvereine befaßte sich laut eines Berichts der „Dresdener Nachrichten“ (Nr. 50, 1912) mit dem sächsischen Volksschulgesetzentwurf. In einer Resolution stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt der Zwickauer Theesen, die von der radikalen Lehrerschaft aufgestellt sind und eine allmähliche Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule verlangen. In Punkt 3 fordert die Resolution: „Beseitigung der Aufsicht im Religionsunterricht durch den Geistlichen.“ Wie ist eine solche direkt religionsfeindliche Stellungnahme in einer der wichtigsten Fragen des religiösen Lebens mit der von den Hirsch-Dunderfischen so aufdringlich angepriesenen „Neutralität“ zu vereinbaren?

Fortbildungsschulen für Arbeiterinnen. Am 1. April d. J. trat eine Bestimmung der großen Genererbeordnungsnovelle vom Jahre 1909 in Kraft, wonach die Gemeinden — oder ein weiterer Kommunalverband — die Verpflichtung zum Besuch einer Fortbildungsschule auch auf die gewerblichen Arbeiterinnen bis zu 18 Jahren ausdehnen können. Schon bei der Beratung des Gesetzes im Reichstag haben sich die Unternehmer gegen diese Bestimmung scharf gewehrt und jetzt versuchen sie, die Gemeinden von der praktischen Ausführung des Gesetzes zurückzuhalten. Besonders eifrig sind diese Bestrebungen in der Textilindustrie. Die Arbeitgeber begründen ihren Widerstand hauptsächlich damit, daß die Freigabe der Arbeiterinnen für die Zeit des Unterrichts Störungen des Betriebes im Gefolge hätte. Selbst wenn dem hier und da so wäre — bei gutem Willen läßt sich aber wohl in den meisten Fällen ein Ausgleich finden —, so stehen dem aber die großen Vorteile ideeller, sozialer und wirtschaftlicher Natur gegenüber, die mit dem Fortbildungsschulsystem für die jugendlichen Arbeiterinnen verbunden sind. Es muß daher auf der ganzen Linie dafür eingetreten werden, daß die Fortbildungspflicht auch dem Sinne des Gesetzgebers entsprechend auf die jugendlichen Arbeiterinnen unter 18 Jahren ausgedehnt wird. Den Kommunalbehörden ist hierin zwar freie Hand gelassen worden, aber wo größere Zahlen gewerblicher Arbeiterinnen vorhanden sind, sollten es die Gemeinden als ihre Pflicht im Interesse der Gesamtheit betrachten, das Gesetz zur Ausführung zu bringen, unbekümmert um die Einwände einseitiger Interessenspolitiker.

Wie „Sich Berlin“ benutzert. Es ist bekannt, daß die englischen Gewerkschaften auf einem ihrer letzten Kongresse einen Antrag angenommen haben, der die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule fordert. Das gehört mindestens nicht zu den Aufgaben einer Gewerkschaft, und haben sich insbesondere katholische Arbeiter gegen derartige Bestrebungen gewehrt, sind auch zur Gründung besonderer katholischer Gewerkschaften übergegangen. Das ist ihre eigene Angelegenheit, und wenn sie glaubten, auf andere Art in den bisherigen Gewerkschaften nicht mehr derartige Bestrebungen abwehren zu können, haben sie recht daran gehandelt. Hierüber gibt's gar nichts zu streiten, ist einfach selbstverständlich und gilt für alle Gewerkschaften, welchen Namen sie auch tragen mögen.

Kun hat sich ein Fall ereignet, daß derartig katholisch organisierte Arbeiter von den alten Gewerkschaftlern aufs roheste terrorisiert wurden. Kann wiederum kein Zweifel darüber bestehen, daß das aufs entschiedenste zu verurteilen ist. Was macht „Sich Berlin“ daraus? Weil eine Broschüre des katholischen Volksvereins ehemals die englischen Gewerkschaften den deutschen christlichen Gewerkschaften als Rufer empfohlen, werden die bedauerlichen Vorgänge benutzt, um eine der alten bekannten Denunziationen zu wiederholen. In der „M.-Gladbacher“ Broschüre heißt es:

„Die in den englischen Gewerksvereinen organisierte Arbeiterschaft ist meistens religiös-konjervativ gesinnt; ihre prinzipielle Agitation und ihr praktisches Wirken steht demnach ohne weiteres im Einklang mit den sozialen Grundsätzen des Christentums. Die englische Arbeiterschaft würde es auf keinen Fall dulden, daß ihre Gewerksvereine zu Kampfstätten gegen die religiöse Gesinnung einzelner Mitglieder gemacht würden; schon der Freiheitskämpfer des Engländers, von allen höheren Gesichtspunkten abgesehen, würde das nicht zugeben. In England herrscht zudem eine noch weit größere Verschiedenheit der religiösen Anschauungen innerhalb der christlich-gläubigen Arbeiterschaft, als dies in Deutschland der Fall ist. Dieser Umstand hat die englischen Arbeiter mit ihrem praktischen Sinn ohne weitere Kämpfe dazu gebracht, in ihren Gewerksvereinen die Behandlung religiöser Fragen auszuschließen.“

Das wurde geschrieben, wohl gemerkt, als von den jetzigen bedauerlichen Vorfällen (ihre Wichtigkeit immer vorausgesetzt) nicht das geringste geahnt werden konnte. Und sicherlich werden frühere Urteile über die englischen Gewerkschaften heute abgeändert werden müssen; aber früher bestanden sie zu Recht, und sprachen die „M.-Gladbacher“ Broschüre nur eine Wahrheit aus. Was aber sagt der „Berliner“ „Arbeiter“ dazu? Man höre:

„Man vergleiche mit diesen Darlegungen der M.-Gladbacher „Arbeiter-Bibliothek“ die tatsächlichen Vorgänge, die sich augenblicklich in England abspielen! Können die Darlegungen der M.-Gladbacher „Arbeiter-Bibliothek“ angehtes der Schilderungen im Eugendburger „Arbeiter“

nicht wie bitterer Hohn? Eine Arbeiterschaft, die unter dem Einfluß des reinwirtschaftlichen Gewerkschaftssystems mit den brutalsten Mitteln der Vergewaltigung gegen katholische Gewerkschaftler vorgeht, wird von der „Glabbacher Broschüre als „meistens religiös-konjunktiv gefärbt“ bezeichnet. Von ihr wird gesagt, ihre prinzipielle Agitation und ihr praktisches Wirken stehe demnach (!) „ohne weiteres im Einklang mit den sozialen Grundthesen des Christentums“. Dieser Arbeiterschaft wird höchste Toleranz nachgerühmt, und von den reinwirtschaftlichen, konfessionellen Gewerkschaften wird behauptet, sie seien in der Lage, die Behandlung religiöser Fragen ohne Schaden auszusprechen.

Wenn irgendeine Erscheinung, so sollte das Entstehen katholischer Gewerkschaften in England die deutschen Katholiken vor reinwirtschaftlichen Gewerkschaftsorganisationen nach dem Muster der englischen Trades Unions ernstlich warnen. Die englische Entwicklung beweist, daß auf die Dauer für katholische Arbeiter in gewerkschaftlichen Organisationen nach englischem Muster kein Platz ist.“

Das kann nur ein ganz nichtsnutziger Bursche schreiben, dessen Geschäft das Denunzieren ist. In den Augen jedes gerechten Denkenden ist er gerichtet. Vor dem Unwahr, die „Glabbacher“ würde derartige Vorwürfe für unmöglich erklären, sie vielleicht gutheißen, zum mindesten zu verurteilen versuchen, brauchen wir sie nicht zu verteidigen, dafür stehen sie zu hoch. Der „Arbeiter“ richtet sich mit seiner schmutzigen Denunziation von selbst.

Jahresberichte der Bezirke.

Bezirk Paderborn. Jahresbericht 1911. Während das Jahr 1910 ein Kampfsjahr ohne Gleichen war, können wir feststellen, daß das Jahr 1911 mehr der friedlichen Entwicklung entspricht. Die Hoffnung, welche auf das verfllossene Jahr gesetzt war, hat sich nur zum Teil erfüllt. Während in einigen Lohngebieten eine reichlich gute Konjunktur herrschte, war dagegen in anderen Orten wenig Arbeitsgelegenheit vorhanden. Die Bauwirtschaft war reger in Detmold, Bielefeld, Gütersloh, Detmold, Baderborn, Pippinge, Lage, Pippstadt, Geseke, Soest und Marsberg. In Detmold bietet die sich immer weiter ausbreitende Zement- und Kalkindustrie reichlich Arbeitsgelegenheit, selbst der Winter hindurch wurde lebhaft gebaut. Infolge dieser Bauanlagen hat sich die Privatbauwirtschaft sehr gehoben. In Pippstadt war durch eine Veranlagung der Metallindustrie und den Neubau des katholischen Krankenhauses gute Arbeitsgelegenheit. In Paderborn wurden Genehmigungen erteilt für 88 Wohnhäuser und 184 Um- und Anbauten. Weiter wurde die neue Eisenbahnwertstelle in Angriff genommen. In Marsberg wurde die Erweiterung der Zementfabrikation vorgenommen, welche wesentlich zur Hebung der Bauwirtschaft beitrug. Dasselbe trifft auch für Gütersloh zu, denn dort wird eine Landesirrenanstalt der Provinz Westfalen errichtet für die Kranke evangelischer Konfession. In Geseke bringt auch die Entwicklung der Zement- und Kalkindustrie reichlich Bauwirtschaft mit sich, es wurden über 30 Wohnhäuser neu errichtet, hinzu kommen noch Umbauarbeiten und Anbauten. In den übrigen genannten Orten war hauptsächlich Privatbauwirtschaft. Sehr schlecht war die Arbeitsgelegenheit in Warburg, Alsbach, Höxter, Beverungen, Sögel, Brakel und Brilon. In Warburg, einer Kreisstadt, wurden im Jahre 1911 ganze vier Neubauwerke errichtet. Infolge der schlechten Arbeitsgelegenheit in den genannten Orten mußte eine große Zahl Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter nach dem Jahrsgebiet abziehen.

Die sich die Bauwirtschaft 1912 im Bezirk gehalten, läßt sich noch nicht ganz übersehen, jedoch ist anzunehmen, daß dieselbe gut wird.

Die Agitation wurde energisch betrieben und war besonders vor Erfolg in den Orten, wo reichlich Arbeitsgelegenheit war. Die Frühjahrsagitation, welche durch den Bezirksvorstand eingeleitet war, wirkte sehr belebend auf die Organisation. Desgleichen brachte die allgemeine Lohnerböschung am 2.-3. April eine allgemeine Schaffensbereitschaft unter den Kollegen mit sich. Von unserem Bezirk haben einige Kollegen ganz tüchtig gearbeitet in der Gewinnung von Mitgliedern. Dieses wurde auch von der Zentrale anerkannt durch Zuteilung verschiedener Preise an die Kollegen. Die Mitgliederbewegung war folgende: 1. Quartal 1367, 2. Quartal 1383, 3. Quartal 1438, 4. Quartal 1411, das macht im Jahresdurchschnitt 1397. Die Zusammenkünfte 1911 betragen 144, die Anwesende 619. Hieran ist zu sehen, daß eine große Aktivität herrschte. Dieses mögen sich die Vorstände, Vertrauensmänner und Baudelegierten besonders zur Beachtung nehmen und alles tun, um die gewonnenen Mitglieder auch dauernd zu halten. Das neue Verbandsstatut wird hauptsächlich dazu beitragen, daß die Disziplin wesentlich verbessert wird.

Wenn die Mitgliederbewegung nicht besser war, so hat sich nicht außer acht gelassen werden, daß in der Hälfte des Bezirks, wie schon angeführt, sehr schlechte Konjunktur herrschte und die Bauwirtschaft zum Abwanderung gezwungen war.

Seit eingeführt wird wieder eingerichtet wurde die Organisation in Geseke, Brilon, Spergau, Kassel und Kassel.

Eingegangen sind Berichte, Steinheim, Höxter. Horn wurde der Bauwirtschaft Pippstadt zugewandt. Geseke ging auch wieder ein, hier noch der Bauwirtschaft. Die Arbeit, denn es erhielt wiederum den letzten Jahresbericht.

Die nächstgrößere Hebung der Mitglieder bewirkt die Bauwirtschaft in Paderborn, Warburg, Sögel, Sögel, Sögel, Sögel (Hannover), Sögel.

(Stuttgarter). In Brakel wurde die Lohnforderung für das ganze Amt Brakel eingeleitet. Es bestand dort eifrigste Arbeitszeit und 31, 32 und 33 Pf. Stundenlohn. Die Unternehmer lehnten die Verhandlungen ab und erhöhten den Stundenlohn auf 35 Pf., die eifrigste Arbeitszeit behielten sie bei. Leider muß hierbei wieder verzeichnet werden, daß infolge der großen Zahl Unorganisirter aus der Umgebung jedwede Durchführung der Forderung unmöglich war. In Lage war der Kampf 1910 vertagt worden, und als dann 1911 Ende April die Arbeit anfang zu drängen, kam es zu Verhandlungen mit dem Pippischen Arbeitgeberbund und es kam ein Vertrag zustande mit vier Pf. Lohnerböschung. In Steinhagen wurden die Kollegen vorstellig bei dem Unternehmer Zwelmeier. Derselbe versprach eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde. Leider hielt derselbe nicht Wort, es wurde nur 1 Pf. zugelegt. Wegen schlechter Arbeitsgelegenheit saßen die Kollegen von der Durchführung der Forderung ab. In Pippstadt reichten die Stuttgarter eine Forderung ein. Die Unternehmer bewilligten 3 Pf. pro Stunde. Wegen vorgerückter Jahreszeit gaben sich die Kollegen mit dem Angebot zufrieden. In Geseke hagen wurden im September von den Zimmerern Forderungen an den Unternehmer Sonnenschein gestellt. Derselbe bewilligte 3 Pf. pro Stunde Zulage und eine Stunde Verkürzung der Arbeitszeit. Wegen vorgerückter Jahreszeit gaben sich auch hier die Kollegen zufrieden mit dem Angebot. In Warburg war wegen der schlechten Konjunktur gar keine Möglichkeit, etwas zu erreichen, die Forderung wurde vertagt. In Beverungen lehnten die Unternehmer jede Verhandlung ab. Darauf wandten sich die Kollegen an den Bürgermeister von Beverungen. Es wurde seitens des Bürgermeisters eine Verhandlung anberaumt, aber die Unternehmer erschienen nicht. Zur Ausführung der Forderung konnte auch hier nicht geschritten werden, weil die über große Zahl Unorganisierter aus den umliegenden Orten jedwede Bewegung verhinderte. Es ist dies sehr zu bedauern, denn eine Unsumme von Mehrverdienst geht dadurch den Bauarbeitern verloren und fließt in die Taschen der Unternehmer. Mühten doch im Lohngebiet Beverungen laut Dresdener Schiedsgericht 1 1/2 Stunde Verkürzung der Arbeitszeit eintreten und Erhöhung des Lohnes um 6 1/2 Pf. pro Stunde erfolgen. Vielleicht kommen die Kollegen doch noch zur Erkenntnis. Nachstehend eine Uebersicht über die Verbesserungen:

Ort	Lohnerhöhung	Arbeitszeitverkürzung	für Mitglieder
Brakel, M. u. Z.	3-4 Pf.	—	14
Lage, M.	4	—	46
Geseke, Z.	4	1 Std.	11
Pippstadt, Stutt.	3	—	4
Steinhagen, M.	1	—	20

Hast du dich schon deinem Vorstände zur Frühjahrsagitation (Hausagitation) zur Verfügung gestellt? Nein? Du hältst zurück und meinst, die andern sollten es machen? So, wenn die nun auch so denken? Jede Arbeit ist leicht getan, wenn alle mitarbeiten. Deine Pflicht ist es, eifrig mitzuwirken an der Frühjahrsagitation. Hinweg mit aller Brückbergerei!

Die Durchführung des Vertrages ließ auf Seiten der Unternehmer verschiedentlich zu wünschen übrig. Es bedurfte mancher Sitzung der Schlichtungskommissionen und der Einigungsämter. Aber auch hier bekräftigt sich die Tatsache, daß da, wo die Kollegen gut organisiert sind, Vertragsverletzungen dera, die Arbeitgeber wenig vorhaben. Der Durchführung der Verträge muß ununterbrochen alle Kraft gewidmet werden, damit sich die Unternehmer nicht an der Erfüllung der vertraglichen Pflichten mit nachlässigen Redensarten vorbeidrücken können. Es ist dies aber auch insofern dringend nötig, weil bei den kommenden Verhandlungen 1913 die Vertragstreue eine große Rolle spielt. Darum muß alles darangesetzt werden, damit uns kein Vorwurf trifft.

Die Verträge haben sich im allgemeinen gut bewährt, das Arbeitsverhältnis wird hierdurch ein geordnetes und geregelteres. Es ist nicht zu verkennen, daß auch dieses Verhältnis auf die Erziehung der Kollegen einwirkt, denn ausübterliche Färbung und Arbeitseinstellungen sind nicht vorzunehmen. Auf eine andere Tatsache sei aber noch hingewiesen, nämlich, daß eine große Zahl Kollegen wohl die Erfolge des Kampfes und den Nutzen der Tarife für sich einsehen, aber den Bestrebungen und Opfern der organisierten Kollegen teilnahmslos gegenüberstehen aus reiner Selbstsucht und verkehrter Sparjamkeit. Hier besteht eine große Gefahr, denn es besteht seitens der Unternehmer kein Zweifel über die Stärke der Organisation an den betreffenden Orten, und danach richten sich dieselben bei der Erfüllung der Verträge. Es besteht seitens der Unternehmer die Kränkung, solche Orte in Zukunft außerhalb des Vertrages zu lassen. Hier heißt es jetzt für die Kollegen, den Zeitpunkt wahrzunehmen, bevor sie später keinen Schaden erleiden.

Der Bauarbeiterstand hat noch wesentlich der Besserung, besonders in den ländlichen Gebieten. Hier liegt es auch zum großen Teil an den Kollegen selber, etwas mehr Energie zu entfalten, dann wird es ebenfalls vorwärts gehen.

Die Arbeitgeber im Bezirk sind gut organisiert. Dieselben suchen ihre Macht weiter zu befestigen, alle sind dem einen Ziele erpicht, die Organisation der Arbeiter zu vernichten. Sie sind sehr stark und sehr geschickt. Sie sind sehr stark und sehr geschickt. Sie sind sehr stark und sehr geschickt.

das Baugewerbe, der Bezirksverband Minden-Ravensberg in Bielefeld, Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in Lippe, der Nordwestdeutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in Hannover und der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe im Herzogtum Braunschweig.

Im Verhältnis zu den gegnerischen Organisationen hat sich nichts geändert, in Bielefeld werden unsere Mitglieder systematisch in den sozialdemokratischen Verband gezwungen. In den übrigen Orten ist das Zusammenarbeiten zufriedenstellend. In den Monaten Januar und Februar 1911 verjachten im Sauerlande die Kirch-Dämmernden Gewerkschaften unter der Bauarbeiterschaft durch Verbreitung von Flugblättern Eingang zu finden. Auch jetzt kann man beobachten, wie dieselben versuchen, die evangelischen Kollegen zu gewinnen. Besonders glauben sie in den evangelischen Arbeitervereinen die Bauarbeiter zu holen, wie die Versuche von Pippstadt und Umgebung es bewiesen haben.

Das innere Organisationswesen hat sich in den Verwaltungsstellen etwas gebessert, aber es bleibt noch eine Unmenge zu leisten, ehe ein befriedigender Zustand eintritt. Das Versammlungswesen muß besser werden, der Besuch ist nicht befriedigend gewesen. Desgleichen muß eine bessere und schnellere Erledigung der Kassengeschäfte erfolgen. Der festgesetzte Termin muß stets eingehalten werden. Ein gleiches trifft zu auf die Ausfüllung und Einbindung von statistischen Fragebogen. Auch hier trifft es zu, daß es meist immer dieselben Orte sind, welche zurückbleiben. Hier muß eine gründliche Wandlung eintreten, es müssen eben alle Kollegen mit gleichem Eifer für glatte Erledigung der Geschäfte sorgen. Erfreulich ist die Besserung der Beitragszahlung, obwohl auch hier noch einige kleine Orte den festgesetzten Beitrag noch nicht eingeführt haben, auch dieses muß beseitigt werden.

An der Ausbildung der Mitglieder ist ebenfalls gut gearbeitet worden. Die Kartelle haben hier gute Dienste geleistet, besonders durch Abhaltung von Unterrichtsreisen. In Paderborn wurde von den Studenten ein sozialer Ferienkursus abgehalten, welcher allgemeinen Anklang gefunden hat. Leider muß auch hier gesagt werden, daß die christlichen Bauarbeiter sich wenig an den Veranstaltungen beteiligt haben. Im übrigen sind die Mitglieder durch eine Anzahl Vorträge über akute Tagesfragen in den einzelnen Versammlungen aufgeklärt worden. Mögen in Zukunft unsere Mitglieder sich mehr den Bildungsbestrebungen widmen, denn zur Erreichung der vollen Gleichberechtigung in der Gesellschaft brauchen wir eine geschulte Arbeiterschaft. Wo irgend Gelegenheit sich bietet, da soll sie auch benützt werden.

Der Bezirksleiter nahm teil im Berichtsjahre an 16 öffentlichen Versammlungen, 85 Mitgliederversammlungen, 108 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen, 12 Baudelegiertenitzungen und Baubesprechungen, 15 Kartellitzungen, 14 Besprechungen und Sitzungen mit anderen Berufen, 8 Kasserevisionen, 6 Untersuchungen von Beschwerden in der Lohnfrage, 29 Sitzungen mit den Unternehmern, 13 Sitzungen des Einigungsamtes, 8 Schlichtungs-Kommissions-Sitzungen, 2 Gewerbegerichts-Sitzungen, 12 Lohnkommissionssitzungen, 25 Sitzungen und Versammlungen in konfessionellen Vereinen, 3 Tage Bezirksleiterkonferenz und 5 Tage Generalversammlung in München. 850 Einladungen, Handzettel, wurden durch den Bezirksleiter im Bureau hergestellt.

Postnachrichten gingen ein, 8 Telegramme, 33 Postanweisungen, 227 Briefe, 242 Karten, 154 Drucksachen, 31 Pakete, zusammen 695 Stück. Ausgegangen sind: 22 Telegramme, 24 Postanweisungen, 278 Briefe, 291 Karten, 461 Drucksachen und 4 Pakete, zusammen 1080 Stück.

Der vorstehende Bericht gibt Aufschluß über das verfllossene Jahr, es ist ein sehr arbeitsreiches gewesen. Überall, wo mit Energie gearbeitet wurde, war die Arbeit von Erfolg begleitet. Erwähnt muß werden, daß die gesamte Arbeitslast auf dem Bezirksleiter lag und daß auch im verfllossenen Jahre sich keine Hilfskraft zur Verfügung stellte. Ich richte daher an die befähigten Kollegen die dringende Bitte, aus ihrer Reize herauszutreten und mitzuwirken durch Übernahme von Versammlungen usw. Die Verhältnisse können uns nicht befriedigen, besonders muß eine größere Mitgliederzahl erreicht werden. Wir müssen daher alle Kräfte anspannen. Allen Kollegen, welche zur Förderung der Organisation in der Erledigung der Geschäfte mitwirken haben, sage ich an dieser Stelle herzlichsten Dank und wende die Bitte aus, auch in Zukunft mit edlem Betteiler zu kämpfen für unsere hohen Aufgaben.

Das Jahr 1912 scheint wohl das ruhigste zu werden, denn es sind nur vier Orte, wo die Erneuerung der Tarife bevorsteht. Das Jahr gilt also der inneren Arbeit und Agitation in reichstem Maße. Die Reihen müssen gestärkt werden, damit wir den Anforderungen 1913 gewappnet gegenüberstehen. Ein Blick auf die rastlose Tätigkeit der Unternehmerverbände, ihr Bestreben, die Baumaterialienhändler ihren Bestrebungen geizig zu machen, ferner die gewaltigen Anstrengungen zur Schaffung des Reichstages von einer Million, geben uns deutlich Aufschluß, was 1913 von dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zu erwarten ist. Die Vorteile von 1910 sollen den Bauarbeitern wieder entzogen werden. Dieser Sturmeszeichen gegenüber ist der Weg gezeichnet, den wir gehen müssen. Aufklärung, rastlose Agitation unter den unorganisierten Kollegen der verschiedenen Berufe im Baugewerbe, Ausdehnung des Verbandes bis in die kleinsten Orte, geistige Schulung und edle Hingabe des ganzen Menschen an die Hebung unseres Standes, diese Forderungen treten eindringlich an alle Kollegen heran. Von der Ausführung hängt der Erfolg ab. Darum vorwärts! Kollegen, kämpfen wir den gerechten Kampf für das Wohl unseres Standes. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Paderborn, Friedrich Werner.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperit sind: Essen (Gliesenleger) Sperre über die Essener Baumaterialien, Vertriebsgesellschaft Lange und Comp., sowie sämtliche Arbeiter des Zwischenmeisters Geiser, Cöln, für Mattenleger die Zwischenmeister Gesehen, Lüdinghausen (Streif der Maurer und Bauhilfsarbeiter). Gollansich (Sperre über Pawlisch) wegen Maßregelung. Zugang ist fernzuhalten.

Bezirk Cöln.

Soch. (Unternehmerpraktiken) Die Vertragsstreue der niederrheinischen Arbeitgeber will anscheinend ein großes Loch bekommen. Vor den Karren des Vertragsbruchs wird eine Unternehmer-Vereinigung, genannt „Fachabteilung der Maurer und Stukkateure“, gespannt. In dieser Unternehmer-Fachabteilung sind dieselben Personen tätig, die auch im Arbeitgeberverband mit die erste Größe spielen. Nur nach außenhin trägt das Kind „Arbeitgeberverband-Fachabteilung“ ein anderes Kleid. Durch den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes ist unserer Organisation als Vertragskontrafahent nachstehendes Schreiben zugegangen:

G o c h, den 22. Dezember 1911.

Herrn

Die Fachabteilung der hiesigen Maurer und Stukkateure faßte in ihrer letzten Versammlung vom 17. d. M. einstimmig folgenden Beschluß, und zwar:

Die Fachabteilung bittet den Vorstand, den Mitgliedern die Genehmigung zu erwirken, den Arbeitslohn für das Jahr 1912 wie 1911 bestehen zu lassen, respektive die für April 1912 vorgesehene Lohnerhöhung fallen zu lassen.

Die Begründung wird auf die geringe Bautätigkeit eines Teiles zurückgeführt, zudem haben wir hier durchweg mindertwertige und arbeitscheue Gesellen und besonders Hilfsarbeiter, die noch nicht mal den jetzigen Lohn von 48 bzw. 36 Pf. verdienen. Der Lohnsatz entspricht bei weitem nicht den Leistungen. Wir sehen einer wohlwollenden Antwort gerne entgegen und legen uns im abschlagenden Falle zu anderen Schritten gezwungen.

Hochachtend

Der Vorstand. Der Vorsitzende: Th. Jaspers.
Der Schriftführer: Wilhelm van Laak.

Also als Arbeitsscheue und Mindertwertige werden die Arbeiter bestraft, die jahrelang bei ein und demselben Unternehmer beschäftigt sind. Was müssen diese Herren Arbeitgeber für einen Begriff von arbeitscheuen Elementen haben, die sie schon jahrelang zur eigenen Zufriedenheit beschäftigen. Die Unternehmer sollen doch offen heraus sagen, daß sie Vertragsbruch begehen wollen und die Arbeiter um die Vertragslöcher prellen wollen. Um den Vertragsbruch vor der Öffentlichkeit zu verteidigen, wird nach Gründen gesucht; da solche nicht zu finden sind, glaubt man durch Beschimpfungen zum Ziele zu kommen. Am 3. März besaßte sich unser Verband in Soch, Cleve und Geldern in starkbesuchten öffentlichen Versammlungen mit dem Vorgehen der Gocher Bauunternehmer, wo nachstehende Resolution zur Annahme gelangte:

„Die heute in . . . tagende starkbesuchte öffentliche Bauarbeiterversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem beabsichtigten Vertragsbruch seitens Gocher Bauunternehmer. Der Tarifbruch würde auch eine große Gefahr für das ganze niederrheinische Vertragsgebiet bedeuten.

Die Versammlung ist bei bestimmter Überzeugung, daß diese Gocher Unternehmer sich nur von der Abneigung gegen die im Tarifvertrag vorgesehene Lohnerhöhung, die am 1. April eintreten muß, leiten lassen. Der Hinweis auf eine schlechte Bautätigkeit und die Beschäftigung der Gesellen und Hilfsarbeiter als Arbeitsscheue, sind nur erdachte Behauptungen, um die wahre Absicht zu verdecken.

Die Behauptung, die Gesellen und Hilfsarbeiter seien durchweg mindertwertig und arbeitscheu, weist die Versammlung mit Entrüstung als elende Verleumdung zurück.

Die Versammelten erwarten von dem niederrheinischen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe als Vertragskontrafahent, daß er dem beabsichtigten Vertragsbruch den größten Widerstand entgegenstellt.“

Es gilt in den Reihen der Kollegen auch jetzt danach zu handeln, daß der letzte Kollege organisiert wird, daß die beste Antwort auf die Beschimpfungen der Unternehmer.

Bezirk Königsberg.

Danzig. (Streif bei Schichau.) Wer erinnert sich nicht noch der Schichauer Arbeiter, die vom 24. August 1911 ab, 20 Wochen unentwegt im Kampfe ansharrten, um schließlich bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen. Wer damals die Wunden gesehen, die der harte Kampf der Arbeiterschaft geschlagen, wird erlaunt sein, zu hören, daß bei Schichau in Danzig und Elbing am Sonnabend, den 2. März, ein neuer Streik ausgebrochen ist. Die niedrig muß der Verdienst sein, daß die schon geprüften Arbeiter zu dieser Maßnahme greifen. — Aber nicht mutwillig und mit übertriebenen Forderungen näherte sich der als Arbeiterausschuß fungierende Krankentassen-Ausschuß seinem unerbittlichen Gebieter, sondern mit gerechten, humanen Wünschen. Die Forderungen wurden am 27. Februar zugleich mit nachstehendem Begleichensreiben eingereicht:

An die till. D irektion der Firma F. Schichau,
Danzig.

Die ergebnis unterzeichneten Mitglieder des Krankentassenverbandes überreichen der geehrten Direktion hiermit im Auftrage der Arbeiterschaft Ihrer gesamten Verbände einige Vorschläge zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Die Vorschläge enthalten zunächst die Forderung auf Einführung von Einstellungslohn, wie dieselben herrschend auf allen deutschen Seeschiffswerten bestehen. Wir wünschen

auch gleichzeitig als Anlage eine Liste über die Höhe ein, wie diese von den Arbeitern gewünscht wird.

Ferner behandeln die Vorschläge noch eine allgemeine Lohnerhöhung, die in der bestehenden Feuerung ihre genügende Begründung findet.

Die Akkordarbeit ist in Ihrem Betrieb noch durchaus unreguliert und sind auch nach dieser Richtung hin nur Vorschläge gemacht, die in anderen Werksbetrieben längst anerkannt sind.

Die übrigen Vorschläge sind mehr zur allgemeinen Regelung des Arbeitsverhältnisses bestimmt, und bewegen sich in demselben Rahmen wie die erstgenannten.

Wir ersuchen um eine Unterredung zum Zweck der Verhandlung über die Vorschläge und bitten, den Termin des Beginnes der Verhandlungen, wenn möglich noch heute, Dienstag, den 27., spätestens aber Mittwoch, den 28. d. M., festzusetzen. Hochachtungsvoll

(Unterschrift.)

Der das Schreiben überreichende Ausschuß wurde von dem Betriebsleiter der Danziger Werft nicht als kompetent erachtet und mußte, ohne seinen Zweck zu erfüllen, wieder zurückgehen. Ist es ein Wunder, wenn die gedrückten, schlecht bezahlten Leute Gesetz und Ordnung ebenso mißachten, wie man ihre Vertreter mißachtete? Ist diese Handlungsweise eines, auf verantwortlichem Posten stehenden Mannes, dazu angetan, die Massen vor der Sozialdemokratie zu schützen? Bedenkt der Herr nicht, daß in seinem Verdienst auch Arbeitergroßchen stecken, und durch sein Benehmen die Unlust der Steuerzahler gesteigert wird? Der Herr im Hause soll er bleiben, aber ein gerechter. In Elbing wurden die Vertreter der Arbeiter etwas besser aufgenommen. Es wurde ihnen erklärt, daß Herr Biese verreist und am Freitag, den 1. 3., zurückkäme, dann erst eine Antwort zu erwarten sei.

Inzwischen sind ungenügende Antworten eingelaufen und die auf den Werken beschäftigten Arbeiter hatten am Freitagabend mehrere Versammlungen, in denen darüber abgestimmt werden sollte, ob die Arbeit niedergelegt wird, oder nicht. Das Resultat der Abstimmung war folgendes:

Danzig von 1233 abgegebenen Stimmen 987 für, 286 gegen Streik.
Elbing 2004 für, 280 gegen Streik. Somit war der Streik besiegt.

Die Firma hat augenblicklich den Panzer „Olbenburg“ nahezu zur Abnahme fertig, der Erzbischof („König Albert von Sachsen“) steht vor dem Stapellauf. Der Bau beider Schiffe ist durch den vorjährigen Lohnkampf sehr verzögert worden. Die Elbinger Werft hat 12 Hochsektorpedalboote für das Reich zu liefern. Gerüchweise verläutet, daß Herr Biese mit einem von ihm

Wählt auf jedem Bau, jedem Zimmerplatz, in jeder Werkbude einen Vertrauensmann, der die Geschäfte des Verbandes in die Hand nimmt. Nur so können geordnete Verbandsverhältnisse auf den Arbeitsplätzen aufrechterhalten werden. Jedes Mitglied muß den Vandelegierten unterstützen.

zusammengestellten Arbeiterausschuß verhandeln will. Ob sich dieses bewahrheitet, kann bis jetzt nicht festgestellt werden.

Es wäre zu wünschen, daß dieser Kampf bald zu beiderseitiger Zufriedenheit beendet würde und auf längere Zeit für unsere heimische Industrie Frieden herrschen möge. Von unserem Verbands sind Zimmerer an der Bewegung beteiligt.

Verbandsnachrichten.

(Versammlungsberichte sind sofort nach Stattfinden der Versammlung einzulenden. Dieselben sind so kurz wie möglich zu halten, nur das Wichtigste ist anzuführen. Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden und muß an einer Seite ein ca. zweifelhafte Rand freibleiben für notwendige Korrekturen.)

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 17. März, der dritte Wochenbeitrag fällig ist.

Berlin (Bauhilfsarbeiter). In unserer Generalversammlung, welche am 3. Februar stattfand, gab zunächst der Vorsitzende Kollege Josef Kirstein einen kurzen Jahresbericht. Aus demselben ist folgendes zu entnehmen: Darüber, ob durch die durchgeführte Zentralisation bessere Organisationsverhältnisse geschaffen sind, läßt sich zurzeit noch kein abschließendes Urteil fällen, da der neue Lokalbeamte Kollege Bergmann sich erst in die hiesigen schwierigen Verhältnisse einarbeiten muß. Unsere Zahlstelle hat im vergangenen Jahr einen kleinen Fortschritt zu verzeichnen. Sie ist um 40 Mitglieder gewachsen, was allerdings als ungenügend bezeichnet werden muß. Die Fluktuation war ebenso groß wie in den früheren Jahren. Die Versammlungen waren im allgemeinen schlecht besucht, trotzdem fast in allen von den freigestellten Kollegen lehrreiche Vorträge gehalten wurden. Wollen wir in Berlin vorwärtskommen, so müssen wir in diesem neuen Jahre unbedingt besser unsere Pflichten erfüllen und jeder an seinem Platz sein und ganz seine Schußigkeit tun. Zumal die Löhne der Bauhilfsarbeiter hieselbst den Verhältnissen entsprechend bedeutend schlechter sind als anderwärts, und wir vielleicht auch in der Zukunft schwere Kämpfe zu erwarten haben, so sollten wir es als unsere vornehmste Aufgabe betrachten, alle Bauhilfsarbeiter, mit denen wir zusammenkommen und die auf dem Boden der christlichen Bektanschauung stehen, unserer Zahlstelle zuzuführen. Die Vorstandswahl

hatte folgendes Ergebnis: Jos. Kirstein, 1. Vors., Franz Schwenteke, 2. Vors., Jul. Lehmann, 1. Schriftf., Aug. Gruschka, 2. Schriftf., Rob. Schwenteke, Beisitzer, P. Thoraad, Kartellbeauftragter. Die Kollegen Pawlat, Weber und Haag bilden die Beschwerdekommision und die Kollegen J. Kirstein, Lehmann und P. Thoraad die Beerbigungskommision. Es wurde beschlossen, unsere Bibliothek der Verwaltungsstelle einzuberleiben, damit dieselbe gemeinsam benutzt werden kann. Ferner wurde beschlossen, das Versammlungstokal zu verlegen und die Versammlungen mehr im Zentrum der Stadt abzuhalten. Dementsprechend finden von jetzt ab unsere Versammlungen jeden ersten Sonnabend im Monat abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Gärtnerheim“, Stralauer Straße 53, statt.

Bochum. (Zimmerer). Am 3. Februar fand im christlichen Gewerkschaftshaus unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auch unser Bezirksleiter, Kollege Hänschen, war erschienen. Auf der Tagesordnung waren folgende Punkte: 1. Kassenbericht vom dritten Quartal 1911, 2. Jahres- und Geschäftsbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Verschiedenes. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer, Kollege Michaelis. Die Einnahme für die Verwaltungskasse betrug 407,70 M., Einnahme für die Lokal-kasse 182,27 M., Ausgabe 41,15 M. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Kasse, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Als erster Vorsitzender Anton Sehe; als zweiter Adolf Weede; als Kassierer Karl Michaelis; als yauskassierer Urban und Dimke. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Anton Freitag und August Werten; als erster Schriftführer Karl Schräder, und Peter Trapp als zweiter. Alle Kollegen nahmen die Wahl an. Ferner wurde beschlossen, die Mitglieder-versammlungen wieder am Sonnabendabend abzuhalten.

Crefeld. Am Sonntag, den 21. Januar, hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahresbericht, 2. Lokalfrage, 3. Vorstandswahl. Der Kassenbericht ergab folgendes Bild: Gesamteinnahme von 1911 2942,23 M., Ausgabe 155,16 M. Anfang des Jahres zählte unsere Zahlstelle 78 Mitglieder, am Schluß des Jahres 113. Kollege Dillmann wünschte, daß die Vandelegierten mehr Agitation auf den einzelnen Baustellen betrieben. Vieles sei hier am Drie noch zu bessern, dazu sei aber die Mitarbeit aller Kollegen notwendig. Daran fehle es hier noch ganz besonders. Die Zahlstelle wird nach kurzer Debatte zur Reichshalle verlegt. Die Vorstandswahl ergab folgendes: 1. Vorsitzender D. Dillmann, 2. Vorsitzender N. Lahmers; 1. Schriftführer Th. Kersten, 2. Schriftführer W. Hoers; 1. Kassierer W. Schäpchen, 2. Kassierer G. Dornuf; Revisoren Th. Schmitz und E. Riejer. Im Punkt Verschiedenes machte Kollege Dillmann die Mitglieder auf den hiesigen Fahrradklub (Sitz Bamberg) aufmerksam und hoffte, daß unsere Mitglieder sich so viel wie möglich an dessen hiesiger Ortsgruppe beteiligten.

Freising. Sonntag, den 11. Februar, fand unsere Generalversammlung mit Jahresbericht und Neuwahl statt, zu welcher Gewerkschaftssekretär Funke (München) und Kollege Girschvogel (Schleißheim) erschienen waren. Der Vorstand gab den Jahresbericht bekannt und betonte, daß wir das vergangene Jahr doch um acht Mitglieder zugenommen haben. Es wurde sodann der Kassenbericht vorgetragen und dem Kassierer der Dank für seine Arbeit ausgesprochen. Dann wurde zu einem Punkte Stellung genommen, welcher eine lebhaftere Diskussion hervorrief, nämlich zur Beitragserschöpfung von 55 auf 60 Pf. Es ergriff zunächst Kollege Funke das Wort und legte klar, daß mit der Steigerung des Lohnes auch der Beitrag steige. Dies ist durch das Statut auch festgelegt. Infolgedessen steigt die Beitragsleistung bei den Hilfsarbeitern um 10 Pf., weil diese um 2 Klassen zurück waren. Dieser Punkt wurde dann einstimmig angenommen. Der Wochenbeitrag beträgt mithin ab 1. März für Maurer und Zimmerer 60 Pf., für die Bauhilfsarbeiter 55 Pf. Hier auf wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten und auf Vorschlag Funkes die alten Vorstandsmitglieder per Affirmation wiedergewählt. Vorsitzender ist Jakob Stürminger, Zimmerer; Kassierer, Lorenz Kaiser, Zimmerer; zweiter Vorsitzender, Vorbrinam Schöner, Maurer (neu); Schriftführer Jakob Brenner, Maurer; Revisor Johann Weltermeier, Zimmerer. Kollege Funke hielt dann ein Referat über zukünftige Aufgaben, woraus zu entnehmen war, daß wir für das nächste Jahr gut gerüstet und finanziell gut gestärkt dastehen müssen, weil der Arbeiterbund seine Finanzen vermehrt. Kartellvorsitzender W. Hempfer forderte zu festem Zusammenhalten und Wir arbeiten im Kartell, wo die Bauarbeiter bisher nie fehlten, auf. Kollege Girschvogel-Schleißheim sprach auch seine Freude aus über die eifrige Arbeit der Nachbarschaftliche Freising und freute sich, daß sehr viele junge Kollegen in derselben vertreten sind, und munterte alle zum festen Zusammenhalten auf. Zum Schluß dankte der Vorsitzende dem Kollegen Funke, ebenso dem Kollegen Girschvogel und sämtlichen Mitgliedern, und forderte dieselben auf, jede Versammlung so fleißig zu besuchen wie die heutige, wo nur ein Mitglied fehlte.

Großaläden. Das Leben innerhalb unserer Winterzahlstelle gestaltete sich in diesem Winter etwas lebhafter wie in den vorhergehenden Jahren. Stellen auch unsere Kollegen den Sommer über draußen in der Fremde ihren Raum, so ist im Winter ein ganzer Teil unserer Mitglieder, besonders der jüngere Teil der Kollegen, nur schwer für die Organisationsarbeit zu haben. Sobenswerterweise haben einige ältere Kollegen dieselbe in die Hand genommen und es ist auch schon manches Ersprießliche geleistet worden. So hat man die Organisierung der jugendlichen Kollegen energisch in die Hand genommen. Ein aus vier Kollegen gebildeter Ausschuß soll zu dem Zwecke eine Hausagitation vornehmen. Ebenso wurde eine Bücherkontrolle vorgenommen. Um auch der geistigen Weiterbildung der Kollegen Rechnung zu tragen, wurden in mehreren Versammlungen wichtige Tagesfragen behandelt. Kollege Schleicher referierte über das Thema: „Welches Interesse haben wir an der deutschen Wirtschaftspolitik?“ Da Kollege Schleicher diesen Sommer Gelegenheit hatte, die Verhältnisse in England an Ort

und Stelle zu studieren, so war er in der Lage, durch die Gegenüberstellung der englischen und deutschen Verhältnisse den Kollegen ein hochinteressantes Bild des heutigen Standes unserer Volkswirtschaft zu geben. Das Bild, das der Redner von den englischen Verhältnissen entwarf, sah doch wesentlich anders aus, als wie es die roten Bettungen durchweg malen. Freilich, das tun unsere sozialdemokratischen „Gazetten“ auch nur, um die deutschen Verhältnisse herunterzumachen. Unsere „Genossen“ lernen das deutsche Vaterland erst schätzen, wenn sie im Auslande sich mal selbst die Verhältnisse ansehen. So war der überaus interessante „Genosse“ Seimpeters in diesem Sommer auch in England. Die Erfahrungen, die er dort machen mußte, überzeugten ihn, daß auch England das Land nicht ist, das „voll Milch und Honig fließt“. Von den Hotelpreisen sagt er, daß sie in London teurer seien wie in jedem deutschen Gasthof. Drei Behälter Bier kosten 50 Pf. Ein Pfund Ochsenfleisch kostet nach Seimpeters Rechnung in England 1 K bis 1,32 K. Vom gefrorenen argentinischen Fleisch sagt er, daß es zwar wesentlich billiger sei, aber dafür sei es auch von einer Beschaffenheit, daß es die deutschen Arbeiter sicherlich stehen ließen. Und er fügt noch in seinem Bericht hinzu: „Doch davon später.“ Für dieses „später“ war's sicherlich Zeit gewesen, als die rote Partei in der bekannten Feuerungshebe machte. Da wurden von dem argentinischen Fleisch geradezu Wunderdinge erzählt. Da ist aber „Genosse“ Seimpeters hübsch still geblieben. Freilich, der Hummel war ja nur Agitation. Das fragte man darnach, wie jenes Fleisch aussah, das man für die Arbeiter forderte! Rebenache! wenn nur die Agitation blüht. Diese äußerlich schreienden Ausführungen des Kollegen Schleicher fanden gespanntes Interesse. In einer anderen Versammlung referierte Kollege Stahl über die Jugendfrage. Man war sich allseitig klar, daß die Organisierung der Jugendlichen energischer betrieben werden mußte. Man beschloß denn auch die eingangs erwähnten Maßnahmen. Dann referierte unser Kollege Schöpfer über das Thema: „Rückblick und Aussichten“. Das er in begeisterungsreichen, übersichtlichen Worten über die Zukunft unserer Bewegung sagte, wird die Kollegen, wenn sie wieder draußen in der Fremde sind, sicherlich mit neuem Arbeitseifer erfüllen. Dem, die Zeiten sind erst, sie erfordern Opfer von uns, materielle, mehr noch ideelle. Aber was uns den Mut für unsere Arbeit gibt und ihn nicht erlahmen läßt, das ist das festeste Vertrauen zu unserer gerechten Sache. Was kommen, was will. Dem christlichen Gewerkschaftsgedanken gehört die Zukunft, trotz allem!

Güterleben. Am 1. Februar hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde die Jahresabrechnung von 1911 bekanntgegeben, und zwar wie folgt: a) Die Einnahme für die Verwaltungskasse betrug 165,90 K, die Ausgabe 78 K für Krankenunterstützung, eingekandt wurden an die Verwaltungskasse 387,90 K. b) Die Einnahme der Kassenkasse betrug 97,19 K, die Ausgabe 50,10 K, verbleibt ein Kassenbestand von 47,09 K. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung legte der Vorsitzende den Kollegen klar, daß wir im nächsten Jahre ganz sicher wieder in einen der größten Nahrungskämpfe verwickelt werden, das beweist schon der Kampfabstand der Unternehmener, den sie im vergangenen Jahre geschlossen hatten, und daß wir deshalb auch unsere ganze Aufmerksamkeit auf diesen Kampf richten müssen, indem wir wieder wie im vorigen Jahre eine Beitragserhöhung von 5 Pf. einfordern, so daß der Beitrag dieses Jahr für einen gewöhnlichen Bauarbeiter 70 Pf. und für einen Hilfsarbeiter 6 Pf. beträgt. Dieser Antrag fand einstimmige Zustimmung. Zum dritten Punkt der Tagesordnung wurde die bisherige Vorstandskasse, sowie der Kassierereinstellung wiedergewählt. Hieran ergriß der Vorsitzende das Wort und forderte die Kollegen auf, mehr als bisher zur Stärkung unserer Organisation beizutragen. Es sei zwar, obwohl unser Ort noch gut religiös genant sei, die Agitation doch sehr schwer, weil unsere „freien“ Kollegen abseits nicht den Unterschied zwischen beiden Organisationen erkennen wollen. Sie reden sich stets damit heraus, die Religion habe mit dem Verband nichts zu tun, wir gehen mehr zur Kirche als ihr. Wenn man ihnen sagt: Ihr unterliegt durch eure Beiträge indirekt der Sozialdemokratie, wollen sie solches nicht glauben, und wenn man ihnen die Summen für den Wohlstand, welche verschiedene Zweigvereine gegeben haben, schenkt, auf weiß vor Augen hält, so sagen sie, es etwas gibt es in Norddeutschland, aber im Zweigverein Marburg kommt das nicht vor. Zudem habe auch der Zweigverein Marburg seine Existenz in einem gefährdet. Das habe die Verteidigung eines hiesigen erst kürzlich verstorbenen Kollegen gezeigt, indem die übliche höchste Krankheitsrate einer wahren Sozialversicherung werden mußte, um zu den Ausgaben nicht zu steigen, daß der freie Handarbeiterverband sozialdemokratisch sei. Der Vorsitzende forderte dann die anwesenden Kollegen auf, ihre Kräfte zu unserer Organisation zu setzen und nicht bei jeder Kleinigkeit gleich mit dem Verband zu kommen. Da weiter ich etwas zu den „freien“ über. Wenn ein Kollege eine Beschwerde hat, so gibt es auch bei uns Bedingungen genug, wo dieselbe keine Berücksichtigung finden kann und wo man ganz aus dem Verband wird. Auch sollen die Kollegen bei jeder sich bietenden Gelegenheit energisch und klar für uns agitieren, denn nur durch ein einheitliches Zusammenarbeiten können wir die jetzt bestehenden Nachteile wieder beseitigen. Darum heißt es, zur Tat!

Königsberg (Provinz). Am Donnerstag, den 1. Februar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Tagesordnung für 1912, 4. Antrag des Kollegen Stahl über die Jugendfrage, 5. Antrag des Kollegen Schöpfer über die Jugendfrage, 6. Antrag des Kollegen Stahl über die Jugendfrage, 7. Antrag des Kollegen Schöpfer über die Jugendfrage, 8. Antrag des Kollegen Stahl über die Jugendfrage, 9. Antrag des Kollegen Schöpfer über die Jugendfrage, 10. Antrag des Kollegen Stahl über die Jugendfrage.

bracht hätten. Leider sei unsern Kollegen von der sozialdemokratischen Organisation der Vorwurf zu machen, daß sie diese Gelegenheit reichlich benutzten hätten, um ihre Unzufriedenheit gegenüber unseren Mitgliedern zu zeigen. Der brutale Terrorismus sei angewendet worden, um unsere christliche Organisation zu vernichten. Die Mittel, welche hierbei angewendet seien, könnten gar nicht mit Worten geschildert werden. Trotzdem diesen Freiheitswänden jedes Mittel recht gewesen sei, sei es ihnen doch nicht gelungen, unsere Organisation zu vernichten. Redner ermahnt die Kollegen, überall mit Energie unsere gute Sache zu vertreten, denn im Deutschen Reiche bestände ein freies Koalitionsrecht, das wir uns von der Sozialdemokratie und von den „freien“ Gewerkschaften nicht nehmen lassen. Unser Verband ist im Berichtsjahre mannhaft für seine Mitglieder eingetreten. So z. B. haben fünf Schlichtungskommissionen stattgefunden, die sich mit dem Terrorismus der Genossen gegenüber unseren Kollegen befaßten. Ferner wurde in fünf Gewerkegerichtsverfahren einigen unserer Kollegen zu ihrem Rechte verholfen. In 13 Mitgliederberausammlungen sowie 28 Vorstand- und Vertrauensmännerführungen sind aufklärende und lehrreiche Vorträge gehalten worden. Jeder Kollege müsse sich als tüchtiger Gewerkschaftler ausbilden, nur dann könnten wir den Aufgaben der kommenden Zeit gerecht werden. Zu der nun eintretenden Diskussion ging Kollege Schönefuss mit gewissen „auswärtigen“ Kollegen scharf ins Gericht und gab Beispiele, wie man solche Kollegen zu behandeln hätte. Sodann wurde der Versammlung unser neuer Vorkassierer, Kollege Lieblich aus Danzig, vorgestellt. Derselbe versprach in schlichten, markanten Worten für die Ausbreitung unseres Verbandes sowie für unsere Mitglieder mit Energie einzutreten. Bei der hierauf getätigten Vorstandswahl wurde Kollege Lieblich als erster Kassierer und Vorkassierer gewählt. Kollege Dackel gab die Gründe an, welche ihn veranlaßt hätten, den Posten eines evangelischen Arbeiterssekretärs in Königsberg anzunehmen, und er versprach, vor wie nach für die Ausbreitung unserer christlichen Arbeiterbewegung einzutreten. Im übrigen wurden in den Vorstand nachfolgende Kollegen gewählt: W. Ellert als erster, Alb. Kocke als zweiter Vorsitzender; Otto Tich als zweiter Kassierer; G. Tiedmann als erster, Ed. Kradtke als zweiter Schriftführer; Fritz Ellert, Ag. Hübner und W. Fassenau als Kassenrevisoren; Kugge, Dagott und Kallweit als Parteidelegierte; Fischer und Schöff als Beisitzer. Darauf gab Kollege Tich den Kassenbericht in folgender Weise: Die Gesamteinnahme betrug 10268,54 K, davon für die Zentralkasse 7030,34 K, da-

Im Ordnung in der Beitragzahlung aufrechtzuerhalten und um die Druckbergerei zu bekämpfen, sind regelmäßige Buchkontrollen am Arbeitsplatz angebracht. Kontrolliert daher des öfteren die Mitgliedsbücher. Damit wird die gefährliche Fluktuation am wirksamsten bekämpft.

von für die Kassenkasse 3238,20 K. Die Ausgaben der Zentralkasse betragen in Krankenunterstützung, Sterbefällen, Rechtschutz usw. 812,45 K. Mithin blieb an die Zentralkasse zu senden 6247,89 K. Die Ausgabe der Kassenkasse betrug 2048,66 K; mithin Bestand für's nächste Quartal 1912: 1189,55 K. Kollege Lieblich ermahnte nochmals zu treuer Mitgliedererfüllung und bittet die Kollegen, ihn in seiner Tätigkeit zu unterstützen.

Zeitmar. Am 28. Januar fand hier eine außerordentliche Mitgliederberausammlung statt, zu welcher als Redner Kollege Schmalstieg aus Dagen erschienen war. Die Versammlung, welche von hiesigen und auswärtigen Kollegen zahlreich besucht war, wurde von dem ersten Vorsitzenden der Verwaltungskasse Marsberg, zu welcher die hiesige Zentralkasse gehört, eröffnet. Der Vorsitzende wies in kurzen Worten auf den Zweck der Versammlung hin und erzielte darauf dem Kollegen Schmalstieg das Wort. Derselbe hielt einen lehrreichen Vortrag über den inneren und äußeren Ausbau unserer Organisation, welcher mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Zum Schluß machte der Vorsitzende auf die guten Erfolge in der Verwaltungskasse Marsberg aufmerksam und ermahnte die Kollegen zum Nachhaken des bisher Bekannten.

Kreisteden. Am 16. Februar hielt unsere Zentralkasse die diesjährige Generalversammlung ab, welche gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Antrag des Kollegen Stahl über die Jugendfrage, 5. Antrag des Kollegen Schöpfer über die Jugendfrage. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen: Es haben 14 Mitgliederberausammlungen und vier Vorstandswahlen stattgefunden. Bei dem in vorigen Berichtsjahre abgeschlossenen Tarifvertrag erzielten wir sofort zwei Prozent Lohnerhöhung und 2 Pf. ab 1. April 1912. Der abgeschlossene Vertrag gilt bis 31. März 1915. Die Lohnaufwertung wurde auf friedlichem Wege erzielt. Hieran vertrat Kollege Franz auch den Kassenbericht. An die Verwaltungskasse wurden gesandt 595 K, Kassenannahme mit Bestand 206,52 K, Kassenausgabe 109,30 K. Schöpfer wurde einstimmig gewählt. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Jos. Wittmer als erster und Karl Fröhlich als zweiter Vorsitzender, Franz auch als erster, H. Dingel als zweiter Kassierer, Franz auch als erster, Jos. Senger als zweiter Schriftführer. Als Revisoren wurden gewählt Leopold Senger und Karl Wittmer. Die Wahlhelfer waren Kollege Aug. Dorschard, der Vorsitzende der Zentralkasse, Kollege Jos. Senger, der Vorsitzende der Verwaltungskasse, Kollege Jos. Senger, der Vorsitzende der Verwaltungskasse, Kollege Jos. Senger, der Vorsitzende der Verwaltungskasse.

Waldow. Am 1. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung ab, welche gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Antrag des Kollegen Stahl über die Jugendfrage, 5. Antrag des Kollegen Schöpfer über die Jugendfrage. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen: Es haben 14 Mitgliederberausammlungen und vier Vorstandswahlen stattgefunden. Bei dem in vorigen Berichtsjahre abgeschlossenen Tarifvertrag erzielten wir sofort zwei Prozent Lohnerhöhung und 2 Pf. ab 1. April 1912. Der abgeschlossene Vertrag gilt bis 31. März 1915. Die Lohnaufwertung wurde auf friedlichem Wege erzielt. Hieran vertrat Kollege Franz auch den Kassenbericht. An die Verwaltungskasse wurden gesandt 595 K, Kassenannahme mit Bestand 206,52 K, Kassenausgabe 109,30 K. Schöpfer wurde einstimmig gewählt. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Jos. Wittmer als erster und Karl Fröhlich als zweiter Vorsitzender, Franz auch als erster, H. Dingel als zweiter Kassierer, Franz auch als erster, Jos. Senger als zweiter Schriftführer. Als Revisoren wurden gewählt Leopold Senger und Karl Wittmer. Die Wahlhelfer waren Kollege Aug. Dorschard, der Vorsitzende der Zentralkasse, Kollege Jos. Senger, der Vorsitzende der Verwaltungskasse, Kollege Jos. Senger, der Vorsitzende der Verwaltungskasse, Kollege Jos. Senger, der Vorsitzende der Verwaltungskasse.

Oberglogau (D.-Sch.). Die hiesige Zentralkasse hielt am 11. Februar eine Mitgliederberausammlung ab, die sich eines sehr guten Besuches erfreute. Der erste Vorsitzende Kollege Bialak eröffnete dieselbe und widmete zunächst dem durch einen Unfall verstorbenen Kollegen Samrad einen warmen Nachruf. Zu Ehren des verstorbenen treuen Mitgliedes erhob sich die Versammlung von den Plätzen. Kollege Bialak referierte nun über die Bestimmungen der Invalidenversicherungsordnung. Er hob ganz besonders die Vorteile hervor, die die Invalidenversicherung durch Einführung der Hinterbliebenenversicherung (Witwen- und Waisenversicherung) den Arbeitern bringt. Besonders wies er hin auf die örtlichen Bestimmungen, die von der Behörde veröffentlicht wurden. Nach einer regen Aussprache über diesen letzten Punkt wurde der Vorstand beauftragt, folgenden Antrag im Interesse der Bauarbeiter Oberglogaus (die Verhältnisse liegen im ganzen Kreise kaum ähnlich) der höheren Verwaltungsbehörde zu unterbreiten: „Da für die Bauarbeiter Oberglogaus eine andere Krankenkasse nicht vorhanden ist, so unterliegen dieselben der Kreis-Gemeindekrankenversicherung. Die Höhe der zu entrichtenden Beiträge zur Invalidenversicherung werden daher nur nach örtlichem Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter bemessen. Der örtliche Tagelohn für erwachsene männliche Arbeiter in Oberglogau beträgt nur 1,50 M., der 300fache Betrag 450 M. Es wurden daher in den hiesigen Baugeschäften nur Beitragsmarken 2. Lohnklasse mit 20 Pf. gestellt, ohne Rücksicht auf die Höhe des Stundenlohnes und der täglichen Arbeitszeit. Da dies doch den örtlichen Verhältnissen in keiner Weise bei einem Stundenlohn von 85 Pf. und 10 stündiger Arbeitszeit entspricht, so soll für die Bauarbeiter der Jahresarbeitsverdienst von der höheren Verwaltungsbehörde erhöht werden.“ Im geschäftlichen Teil wurde für Tischlermeister Maurer Valentin Schirok als Vertrauensmann gewählt.

Zuchel (Westpr.). Unsere Verwaltungsstelle hielt am 18. Februar ihre Generalversammlung ab. Dieselbe war von 18 Kollegen besucht. Auch unser Bezirksleiter, Koll. Schönefuss aus Königsberg, war zu derselben erschienen. Derselbe hielt einen sehr interessanten Vortrag über den Stand der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Auch gab uns derselbe Material an die Hand, um auf den Arbeitsstellen den sozialdemokratisch organisierten Kollegen jederzeit Rede und Antwort stehen zu können. Trotzdem im vorigen Sommer von unseren Gegnern alles versucht sei, um unsere Verwaltungsstelle zu vernichten, sei ihnen dieses nicht gelungen, im Gegenteil, treu und fest ständen die Mitglieder zu unserem Verbande. In der Diskussion vertrugen alle Mitglieder, in der Zukunft für die Ausbreitung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu arbeiten. Den Jahres-Kassenbericht, welchen unser Kollege Wehling gab, entnehmen wir folgendes: Die Einnahme der Hauptkasse betrug: 289,85 K. An bar abgeliefert 246,38 K. Die Kassenkasse hatte eine Einnahme von 49,27 K. Kollege Schönefuss dankte dem gewählten Vorstand für seine Arbeit im ersten Vereinsjahr, und sprach die Bitte aus, der alte Vorstand möge auch in diesem Jahre wieder so wirken, wie dieses im ersten Jahre geschehen sei. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt und sodann einstimmig der alte Vorstand in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Die Kollegen versprachen, nach besten Kräften für unsere Bewegung tätig zu sein.

Verwaltungsstelle Danzig (Jahresbericht). Wer den Osten des Deutschen Reiches kennt, wer die Verhältnisse und den Charakter der Bewohner von Ost- und Westpreußen studiert hat, weiß, wie schwer es für die Organisation ist, in diesen Gebieten Erfolge zu erzielen. Aber der Kampf, der uns im Jahre 1910 aufgezwungen wurde und der Gedanke, daß 1913 der Tanz von neuem beginnt, geben uns Veranlassung, die Agitation intensiver zu betreiben wie je zuvor.

Die Bezirksversammlung in Königsberg hat in dieser Hinsicht gut gewirkt. Die für Danzig eingesetzte Agitationskommission war bemüht, den ihr gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Durch Vorträge in den Kommissionsitzungen wurde vorgearbeitet, und der emsigen Tätigkeit der wenigen Agitationsmitglieder war es beschieden, für neue Ortsgruppen mit 143 Mitgliedern zu gründen. Aber auch in anderen Orten wurde versucht, für unsere Organisation Boden zu gewinnen. In Marienburg konnten wir die Mitgliederzahl von drei auf zwölf steigern, um es besteht die Hoffnung, im neuen Jahre diese Zahl bedeutend zu erhöhen. Unsere Agitation in den anderen Orten scheint unseren „Freunden“ in die Knochen gefahren zu sein. Venglich ist man bemüht, uns nicht allein auf Agitation fahren zu lassen. Dem Angestellten der „deutschen“ Zimmerer, Finzel-Ebing, hat unser Verbandsrat arge Kopfschmerzen verursacht, sonst würde er in seinem Bericht nicht Unwahrheiten schreiben.

Die Tätigkeit der Agitationskommission war folgendermaßen: innerhalb der Verwaltungsstelle wurden sieben Orte an 33 Sonntagen, außerhalb derselben elf Orte an 20 Sonntagen von elf Kollegen besucht.

War die Arbeit der Kommission eine lohnende, so darf die Kleinarbeit, die die Kollegen in den unserer Verwaltungsstelle angeschlossenen Zentralkassen und auf den Baustellen leisten, nicht unterschätzt werden. Denn nur durch tägliche Agitation konnten wir unsere Mitgliederzahl im Jahre 1911 von 637 auf 1006 bringen. Aber auch die Kassenverhältnisse haben mit dem Mitgliederwachstum Schritt gehalten.

Die Bilanz gestaltete sich folgendermaßen: Die Einnahme für die Zentrale betrug 17949,25 K, die Ausgabe 6497,28 K, in bar an die Hauptkasse geandt 12451,97 K. Die Einnahme für die Kassenkasse betrug 7702,33 K, die Ausgabe 6165,26 K, mithin ist Bestand der Zentralkasse: 1627,09 K. Die Durchschnittsmarktenleistung betrug pro Mitglied und Jahr 36,4 Wochenbeiträge. Bei aufnahmen hatten wir im Berichtsjahre 639, zugereißt 57 übergetreten aus anderen Organisationen 57. Dem stehen aber Abgänge gegenüber: abgereißt 79, ausgeschlossen 13, sonstiger Abgang 40. Am Schlusse des Jahres 1911 waren 1106 Mitglieder vorhanden, die absolute Zunahme 469 Mitglieder.

Kollegen! Jeder Tag, den wir unbenutzt vorüber gehen lassen, ist verloren. Das gilt auch in der Agitation, im Frühjahr sogar doppelt. Lassen wir uns diesen Vorwurf nicht machen. Ein jeder muß ein Agitator für den Verband sein.

trägt 519. Die berufliche Gliederung ist: Maurer 459, Zimmerer 246, Hilfsarbeiter 401.

Der Geschäftsverkehr war ein lebhafter. Es gingen ein: 104 Briefe, 105 Karten, 90 Pakete und 13 Druckfächer. Es gingen aus: 173 Briefe, 142 Karten, 25 Pakete und 267 Druckfächer.

Der Arbeitsnachweis, der bis jetzt noch nicht so funktioniert, wie es erforderlich ist, konnte doch trotz seiner Jugend 187 Kollegen Arbeit nachweisen. Es ist zu hoffen, daß im neuen Jahre der weitere Ausbau des Nachweises unsern Mitgliedern weitere Vorteile bringt.

Rechtsschutz wurde 107 Kollegen durch den Lokal-Beamtentum erteilt. Für diese 107 Kollegen wurden 103 Schriftsätze angefertigt, in acht Verhandlungen vor dem Gewerbegericht, einer vor dem Amtsgericht wurden die Mitglieder vertreten. Die Schlichtungskommission Danzig tagte achtmal. Von den 14 der Kommission vorliegenden Streitfällen wurden zehn endgültig durch Beschluß entschieden, vier Fälle wurden der zweiten Instanz überwiesen.

Wenn wir im Berichtsjahre auch von großen Kämpfen verschont wurden, so haben wir doch für die Einhaltung des Tarifes vier Bausperrnen verhängen müssen. In Zoppot kam ohne Streik ein neuer Lohnvertrag zustande, dagegen mußten die vom Zoppoter Magistrat beschäftigten Zimmerer und Arbeiter zwecks Erreichung des tariflichen Lohnes einen halben Tag die Arbeit ruhen lassen. Durch die Aufstellung des Bezirks kam unser bisheriger Bezirksleiter Kollege Müller von hier nach Polen, Kollege Schönkäs übernimmt diesen Teil des Danziger Bezirkes in den heimigen. Zur Leitung der Verwaltungsstelle wurde mit Zustimmung der Zentrale der Kollege Deuster als Lokalbeamter angestellt.

Das Jahr 1912 hat nun begonnen. Voraussichtlich steht schon im Frühjahr eine gute Konjunktur ein und für uns beginnt die Agitationsarbeit. Auf unserer soeben abgehaltenen Generalversammlung sprach der neue Vorsitzende den Wunsch aus, daß alle Kollegen ihr Bestes einbringen möchten, um am Schlusse des Jahres 1912 2000 Mitglieder zu haben. Es ist dies ja ein etwas verwegener Wunsch, aber trotzdem wollen wir versuchen, diesen so weit wie möglich zu erreichen. Den Kollegen kann kein schönerer Lohn winken, als ein neuer großer Zuwachs unserer Organisation. Darum auf, werbet mit allen erlaubten Mitteln für den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Die fruchtbare Lehre sei dir ein Vorbild und die einsame Dipele eine Warnung fürs Leben. (F. A. Krummacher.)

Verwaltungsstelle Oppeln. Die Verwaltungsstelle Oppeln hielt am 18. Februar eine Mitgliederversammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag unseres Bezirksleiters, Kollegen Franz Erhardt (Kattowitz), 4. Berichtedesen. Zu Punkt 1 erstattete unser Verwaltungsstellenassistent, Kollege Mich. Sydlo, den Jahresbericht von 1911. Verkauft wurden insgesamt 90 Eintrittsmarken zu 50 Pf., 45 Beitragsmarken zu 40 Pf., 3535 Beitragsmarken zu 50 Pf., 194 Beitragsmarken zu 60 Pf., 801 Arbeitslosenmarken zu 25 Pf., 51 Futterale zu 15 Pf. und 1 Hausstättenerbuch zu 15 Pf. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug 1672,49 M. Die Ausgabe der Zentralkasse betrug 104,40 M. Für die Lokalkasse wurden verkauft 265 Lokalfondsmarken zu 10 Pf., 83 Lokalfondsmarken zu 50 Pf., 78 Agitationsmarken zu 100 Pf. und 107 Agitationsmarken zu 50 Pf. Die gesamte Einnahme für die Lokalkasse betrug 904,83 M. Die gesamte Ausgabe der Lokalkasse betrug 828,46 M. Bestand der Lokalkasse für das Jahr 1912 76,37 M. Es wurden im vergangenen Jahre 11 Mitgliederbergsammlungen, 3 öffentliche Versammlungen, 6 Vorstandswahl- und 10 Vertrauensmännerwahlen abgehalten. Mitglieder waren am Schlusse des Jahres 200 vorhanden. Nachdem die Kasse sowie die Rechnungen von den Revisoren für richtig erklärt wurden, wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Nachher schritt man zur Vorstandswahl. Aus der Wahl gingen folgende Kollegen hervor: Franz Kurpiers als Vorsitzender; Joseph Gawoll aus Rakino als zweiter Vorsitzender; Michael Sydlo aus Rykanowitz (wiedergewählt) als erster, Karl Weber aus Eimsdorf als zweiter Kassierer; Johann Kurpiers aus Hollwart (wiedergewählt) als erster, Johann Schlegel aus Thmielomitz als zweiter Schriftführer. Die Kollegen Rochus Oton aus Oppeln und Rochus Styrnosl aus Sorel wurden als Revisoren gewählt, als Lärkontrollleur Kollege Rochus Oton aus Oppeln. Nach Erledigung der Wahl hielt Kollege Erhardt einen Vortrag über die Aufgaben und Ziele der Organisation und betonte, daß Pflicht und Sühndigkeit eines jeden Kollegen ist, an dem weiteren Ausbau unserer Organisation mitzuwirken. Der vierte Punkt mußte wegen der vorgeschrittenen Zeit fallen gelassen werden. Die Versammlung wurde mit einem Appell an alle Mitglieder, ihrer Pflicht genügend nachzukommen, geschlossen.

Weiden. Am 14. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Bauer, dankte den Kollegen für ihr zahlreiches Erscheinen und hieß dieselben herzlich willkommen. Hierauf gab er folgende Tagesordnung bekannt: 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Wahlen, 4. Anträge und Sonstiges. Kollege Bauer gab den Jahresbericht. Er wies einen Blick auf das verlossene Jahr und betonte besonders, daß die Organisation es war, welche die Firma Weiß mit 110 Arbeitern zwang, den Tariflohn zu zahlen. Nachdem auf gutlichem Wege eben nichts zu erreichen war, wurde über genannte Firma die Bau-

sperre verhängt, welche nach sechsstündiger Dauer mit vollem Erfolg für die Arbeiter endete. Kollege Bauer dankte zum Schlusse seines Berichtes allen Kollegen für ihre eifrige Mitarbeit und rührige Agitation und bat, im kommenden Jahre sich besonders an der Agitation zu beteiligen. Kollege Gmeiner gab den Kassenbericht bekannt, welcher von den Revisoren für richtig befunden war. Als Vorsitzender wurde einstimmig Kollege Bauer, als Kassierer Kollege Gmeiner und als Schriftführer Heinrich Koll gewählt. Die Gewählten nahmen die Wahl dankend an und versprachen, nach Kräften für unsere Zahlstelle einzutreten. Als Revisoren wurden gewählt Kollege Fütterer und Koblcr. Einlassierer sind Fröhler und Stich. Als Vertrauensmänner wurden gewählt die Kollegen Weig, Winter und Beer. Als Kartellbelegierte Gmeiner und Stich. Zum Schlusse richtete der Vorsitzende nochmals ernste Worte an die Versammelten und ermahnte dieselben, treu zu unserer Fahne zu stehen, und im heurigen Jahre ihre ganze Kraft in den Dienst unserer guten Sache zu stellen.

Aus Arbeitgeberverbänden.

Eine ganze Reihe Tagungen baugewerblicher Verbände fand in den letzten Tagen statt. Am 29. Februar hielt der Verein Deutscher Portlandzementfabriken seine 35. Generalversammlung in Berlin ab. Wie aus dem erstatteten Jahresbericht hervorgeht, gehören dem Verein 103 Fabriken an, die über eine Gesamtzeugung von rund 34 250 000 Faß Portlandzement im Werte von rund 150 Millionen Mark verfügen. Die Kommissionen des Vereins, der allein für Versuche und für Beiträge zu Versuchen anderer Körperschaften 120 000 M. aufgewendet hat, haben eine gewaltige Arbeit geleistet. Sie hatte den Erfolg, daß im letzten Jahre in den meisten Bundesstaaten, die vom Verein aufgestellten „Deutschen Normen für einheitliche Lieferung und Prüfung von Portlandzement“ durch Ministerialerlasse eingeführt worden sind.

Der „Verein Deutscher Verblendstein- und Terrakottfabriken“ tagte am 4. März gleichfalls in Berlin. Architekt G. Henry Grell wies auf die großen architektonischen Wirkungen hin, die sich u. a. mit gebrannten Verblendern erzielen lassen.

Gleichfalls am 4. März tagte der „Verein Deutscher Zementfabriken“. Tagungsort war Berlin.

Die „Sektion der Dachziegelhersteller“ hielt am 4. März in Berlin gleichfalls eine Tagung ab. Man beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Frage der „Pflichtpflicht der Eisenbahn bei Bruchschäden an Dachziegeln und Dränröhren“.

Kürzlich ist eine „Verkaufsvereinigung der Deutschen Dachziegelhersteller“ in Meissen gegründet worden. Die schon mehrere Jahre währende Heimatschutzbewegung hat eine äußerst günstige Konjunktur in der Dachziegelindustrie hervorgerufen. Der Vereinigung gehören 50 Mitglieder mit 240 Millionen Dachziegeln — d. i. ein Drittel der deutschen Jahreszeugung — an. Die Vereinigung erstrebt Festsetzung der Preise und Regelung der Produktion.

Der „Verein deutscher Firmen für Schornsteinbau und Feuerungsanlagen“ hielt am 1. März in Berlin seine Jahresversammlung ab. Der Verein kämpft gegen eine längere Garantie für Schornsteinbauten als zwei Jahre. Die Garantiezeit für Kessel-einmauerungen will der Verein auf ein Jahr und für Feuerungen auf sechs Monate festgesetzt wissen.

Vom 4.—6. März hielt der „Deutsche Verein für Ton-, Zement- und Kalkindustrie“ seine 48. Hauptversammlung in Berlin ab. Der Verein fordert einen Schutzoll für Zement, der eine zwingende Notwendigkeit für die Befestigung der Kollage der Zementindustrie sei. Für die Ausfuhr seien die Grenzen so gut wie gesperrt, während fremde Zemente in größeren Mengen in Deutschland eingeführt werden können.

Der süddeutsche Dachdeckermeister-Verband hielt jüngst in Darmstadt seinen 22. Verbandstag unter dem Vorsitz von H. Müller-Reumied ab. Es waren über 100 Delegierte anwesend. Am Tage vorher ging eine Delegierten-Sitzung voraus, in der der Jahresbericht, Kassenbericht, Wahlen usw. vorgenommen wurden. Am Sonntag wurden Berichte erstattet über den Zentralverbandstag in Kassel, über die Verhandlungen des Innungsverbandes in Schweidnitz. Dann referierte der Vorsitzende über die Notwendigkeit der Gründung von Arbeitgeberverbänden. Besprochen wurden dann das Verhältnis zur Baugewerkschaft, sowie die Anträge zum Zentralverbandstag in Hamm. Weiter wurden noch einige Anträge der Dachdecker-Zwangsgewerkschaft für den Stadt- und Landkreis Frankfurt angenommen, sowie einige Verbandsangelegenheiten und technische Fragen erledigt.

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Im deutschen Bergbau scheint der Kampf kaum noch zu vermeiden zu sein. (Ist inzwischen ausgebrochen.) Die von dem radikalen „Dreibund“ entfaltete Hege zeitigt bereits ihre Früchte: Auf mehreren Hagen im Ruhrgebiet kam es bereits zu wilden Streiks. Allerdings hat man von oben zurückgepfiffen, auch hat man eine „offizielle“ Erklärung gegen solche Putzsch-

gelassen. Dieses ja wohl nur, um „das Gesicht zu wahren“, wie der Chinese sagt. Als damals der Putzsch auf Jeché „Lukas“ injiziert wurde, schrieb der „Vorwärts“, der Kampf sei gekommen von unten herauf, „leise wie die Windsbraut in der Nacht“. Diese poetische Schilderung des „Vorwärts“ stimmt indessen nicht ganz; so ganz von selbst war es doch nicht zum Streik gekommen, und das scheint auch bei diesen neuesten Putzsch der Fall zu sein. Daß der sozialdemokratische Verband diesen Weg gehen würde, den er nun geht, war vorauszuweisen. Spielen doch bei seiner ganzen Taktik die wirklichen Bergarbeiterinteressen nicht die Hauptrolle, sondern die Frage: Wie legen wir am sichersten dem verhassten christlichen Gewerksverein das „schmerzstillende Halsband“ um? Glaubt man denn wirklich durch einen Streik dieses Ziel erreichen zu können? Darüber dürfte man sich auch in sozialdemokratischen Führungskreisen kaum in unklaren sein. Und deshalb ist die eingeschlagene Taktik des christlichen Gewerksvereins richtig. — Die Revierkonferenz der drei Bergarbeiterverbände, in der die endgültige Entscheidung gefallen ist, fand am 10. in Gerne statt. Das Resultat war Proklamierung des Streiks. Die Regierung bemühte sich in den letzten Tagen, um eine Vermittlung herbeizuführen. Die Vertreter der Bergarbeiterverbände waren vom Staatssekretär Delbrück zu einer Sitzung eingeladen, vor uns nahmen daran teil die Hohl. Giesberts und Behrens. — Hoffen wir, daß der gesunde Sinn der Bergarbeiter die Oberhand behält und der Streik bald sein Ende findet. Daß sie dadurch ihr eigenes Interesse wahren, werden sie noch früh genug einsehen.

Aus ausländischen Gewerkschaften.

Aus der christlichen Arbeiterbewegung in Oesterreich. Bisher hat im österreichischen Buchdruckgewerbe nur eine sozialdemokratische Gehilfenorganisation bestanden, die mit einem rücksichtslosen Terrorismus fast sämtliche Berufsangehörigen in die rote Zwangsjacke zu pressen verstand. Dieser für die nichtsozialistischen Buchdrucker unerträgliche Zustand hat zur Gründung einer christlichen Gehilfenorganisation geführt, die in einer Konferenz am 11. Februar 1912 in Wien unter dem Titel: „Gutenbergsbund, Vereinigung österreichischer Buchdrucker, ins Leben gerufen wurde. Drei Zahlstellen, die bisher dem deutschen Gutenbergsbund angehört, nämlich Warnsdorf, Bregenz und Innsbruck, haben sich sofort der neuen Organisation angeschlossen. Der Sitz derselben ist Wien; Anfragen und Zuschriften sind zu richten an den Vorsitzenden Gold, Wien VII., Zieglergasse 81; die Stellenvermittlung befindet sich Wien 16/2, Gürtel 31/24. Die erfolgte Neugründung dürfte als ein Wendepunkt in der österreichischen Buchdruckerbewegung zu betrachten sein.

Anfang Februar hielt der christliche Metallarbeiterverband Oesterreichs in Wien seinen dritten Verbandstag ab. Laut Geschäftsbericht zählte er in 49 Ortsgruppen 1158 Mitglieder. Die Einnahmen an Mitgliederbeiträgen betragen in der zweijährigen Berichtszeit 37 820 Kronen, für Unterstützung wurden 19 559 Kronen verausgabt. Der Verbandstag führte eine grundlegende Reform des Beitrags- und Unterstützungsrefrens durch, was eine schnellere Entwicklung des Verbandes für die Zukunft erhoffen läßt.

Christliche und sozialistische Gewerkschaften in der Schweiz. Von sozialdemokratischer Seite werden die christlichen Berufsorganisationen der Schweiz gewöhnlich als gänzlich bedeutungslos hingestellt. Im direkten Gegensatz hierzu steht allerdings die leidenschaftliche Kampfesweise der Sozialdemokratie. Abgesehen davon stimmt es aber auch nicht, daß die christlichen Gewerkschaften in der Schweiz ohne Bedeutung wären. Sie haben im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens 11 780 Mitglieder organisiert, während die sozialdemokratischen Verbände 13 Jahre nach ihrer Gründung (1880) nur 9500 Mitglieder gesammelt hatten. Besonders bemerkenswert ist ferner, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften in der Zeit von 1907 bis 1911 von 75 000 auf 58 000, also um 17 000 Mitglieder heruntergegangen sind, während die christlichen Berufsverbände in der gleichen Zeit um 7000 Mitglieder zugenommen haben.

Der Bergarbeiterstreik in England hält in voller Schärfe an. Eine ganze Anzahl größerer und kleinerer Unternehmungen ist schon jetzt gezwungen, die Betriebe einzuschränken oder ganz einzustellen. Es trifft dieses besonders auf die großen Eisenbahnen und Dampfmaschinen zu. Ueber die Zahl der Arbeiter aus anderen Gewerben, die infolge des Kohlenstreiks arbeitslos geworden sind, gehen die Zeitungsmeldungen auseinander. Nach einigen sollen es 250 000, nach anderen gar schon, also Mitte vergangener Woche, 500 000 sein. Obwohl zur Lage im Kohlenstreik eine Fülle widersprechender Meldungen und wenig Fassbares vorliegt, erhält sich die optimistische Stimmung, daß es bald zu einer Einigung komme. Offiziell wurde am 7. März mitgeteilt, daß die Verhandlungen der Regierung auf beiden Seiten wieder aufgenommen seien und weitergehen. Im Parlament sagte Asquith auf eine Frage kurz, es sei zum Glück vorläufig nicht die Diskussion des Streiks auf die Tagesordnung zu setzen. Also hofft er wieder, vermitteln zu können.

Auch in Nordamerika, sowie in Oesterreich und Frankreich macht sich eine stärkere Säuerung unter den Bergarbeitern bemerkbar.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Ärzte und Krankenkassen. Das „Reichsarbeitsblatt“ bringt in einer Statistik die Hauptergebnisse der Krankenkassenversicherung von den Jahren 1908-1910. Hierbei spielen auch die Ausgaben für ärztliche Behandlung eine bedeutende Rolle. Während die Kosten der ärztlichen Behandlung im Jahre 1908 bei allen Krankenkassen 67 692 047 Mark betrugen, stiegen sie im Jahre 1910 auf 76 440 495 Mark, oder pro Mitglied von 5,49 M auf 5,85 M. Jedoch darf man die Mehrbelastungen der Krankenkassen nicht allein der ärztlichen Tätigkeit zuschreiben. Auch die Erweiterung der Fürsorge usw. trägt zu den steigenden Ausgaben mit bei. Die Reichsversicherungsordnung hat den Ärzten die freie Arztwahl nicht gebracht; die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten sollen durch schriftlichen Vertrag geregelt werden. Soweit es die Kassen nicht erheblich mehr belastet, soll sie ihren Mitgliedern die Auswahl zwischen mindestens zwei Ärzten freilassen. Für den Fall, daß Differenzen mit Ärzten ausbrechen, hat die Reichsversicherungsordnung in etwas Vorsorge getroffen. Sie nämlich bei einer Krankenkasse die ärztliche Versorgung dadurch ernstlich gefährdet, daß die Kasse keinen Vertrag zu angemessenen Bedingungen mit einer ausreichenden Zahl von Ärzten schließen kann, oder daß die Ärzte den Vertrag nicht einhalten, so ermächtigt das Oberversicherungsamt die Kasse auf ihren Antrag widerruflich, statt der Krankenpflege oder sonst erforderlicher ärztlichen Behandlung eine bare Leistung bis zu zwei Dritteln des Durchschnittsbetrages ihres gesetzlichen Krankengeldes zu gewähren. Wir werden nunmehr auch in Zukunft mit einer verschiedenen Regelung des Verhältnisses der einzelnen Krankenkassen zu den Ärzten zu rechnen haben. Die Ärzte werden an ihrer Forderung — freie Arztwahl — festhalten, während die Kassenvorstände sich dieser Forderung gegenüber mehr oder weniger ablehnend verhalten.

Die Zahl der Invaliden- und Altersrenten Ende 1911. Nach einer im Reichsversicherungsamt gefertigten auf den Mitteilungen der Vorstände der Versicherungsanstalten und der zugelassenen Kasseneinrichtungen beruhenden Zusammenstellung betrug die Zahl der seit dem 1. Januar 1891 bis einschließlich 31. Dezember 1911 bewilligten Invalidenrenten 1 980 948 (gegen 1 862 816 am 31. Dezember 1910). Davon sind infolge Todes oder Ansammlung der Berechtigten, Wiedereingliederung der Erwerbsfähigen oder aus anderen Gründen 1 040 073 (bis Ende 1910 943 056) fortgefallen, so daß am 1. Januar 1912 noch 940 875 Invalidenrenten liegen gegen 936 229 am 1. Oktober 1911 und 918 760 am 1. Januar 1911. Die Zahl der Altersrenten ist also im letzten Jahre um 22 000 gestiegen; das ist mit Rücksicht darauf, daß insgesamt ungefähr 118 000 neue Renten bewilligt wurden, nicht sehr viel. Altersrenten wurden seit 1891 bis Ende 1911 insgesamt 504 582 (bis Ende 1910 492 994) bewilligt, wovon 411 213 (394 659) weggefallen sind, so daß noch 93 369 Altersrenten am 1. Januar 1912 zu zahlen waren gegen 94 452 am 1. Oktober 1911 und 98 335 am 1. Januar 1911. Die Zahl der Altersrenten bewegt sich also wie seit langem in richtiger Bewegung, eine Tatsache, die ihren Grund in dem Gehalt selbst hat, das naturgemäß in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens eine weit größere Zahl von Versicherten mit sich brachte als später. Invalidenrenten waren an über 26 Wochen krank, aber nicht dauernd invalide Personen (§ 16 des Gesetzes vom 13. Juli 1899) wurden 127 234 (115 455) seit dem 1. Januar 1900 bewilligt, von denen 111 466 (98 480) wegfielen, so daß noch 15 768 gegen 16 173 und 16 955 übrigblieben. Auch hier ist die allmähliche Minderung zu verzeichnen. Versorgungsanstalten sind bis zum 31. Dezember 1911 bewilligt an weibliche Versicherte, die in die Ehe eingetreten sind, 2 364 334 (bis Ende 1910 2 109 632) M, an versicherte Personen, die durch Unfall dauernd erwerbsunfähig wurden, 6565 (6519) M und an die Hinterbliebenen der Versicherten 511 199 (472 912) M.

Aus dem Baugewerbe.

Neuzeitliche Berliner Bauwirtschaft 1911. Die Bauwirtschaft in Berlin hat nach der Aufstellung der Bauwirtschaft des Reichsversicherungsamts im Jahre 1911 gegen das Jahr 1910 etwas nachgelassen. Während im Vorjahre 48 373 neue Sachen bei der Abteilung III eingeregnet waren, zählte man im Jahre 1910 50 563 neue Sachen. Unter den am 31. Dezember 1910 befristeten Sachen befinden sich 111 (151) Bauen- und Geschäftsbauten, 8 (12) Kirchen, Kapellen und Synagogen, 5 (6) Schulgebäude, 23 (44) Theater, Festsaal- und sonstige Versammlungsräume, 148 (145) Fabrik- und Betriebsgebäude, 41 (40) Lager-, Speicher- und Kühlhäuser, 225 (236) Hofsäulen und 319 (197) Wohngebäude. — Zur Kenntnis der Bauwirtschaft sind 23 (26) Bauverträge erheblicher Natur gelangt, von denen 11 (13) einen üblichen Aus-gang genommen haben. Bauverträge waren 250 (284)

wert einsch. Steinförderung) wurden Angebote von Mart 108 458 bis zu 241 828 Mark abgegeben. Das höchste Gebot übersteigt also das niedrigste um weit mehr als das Doppelte. Herr Geh. Baurat Feilich glaubte bei der Besprechung baugewerblicher Fragen im preussischen Abgeordnetenhaus nicht wieder die Forderung von Arbeiterkontrollreuen ablehnen zu müssen, weil ihnen das notwendige Wissen fehle. In vorliegender „Blüte“ könnte er aber ersehen, an welcher Stelle seine Klagen über das fehlende Wissen viel angebrachter wären: Bei den Unternehmern nämlich. Wie sieht's aber in Punkte Bauarbeiter aus, wenn einem solchen Mindestfordernden die Arbeit wirklich zur Ausführung übertragen wird? Das ist zur Genüge bekannt. Der Bauarbeiter aber ist's, der seine Haut auf's Spiel setzt. Solange aber solche Zustände noch herrschen, solange wird auch unser Ruf nach Arbeiterkontrollreuen nicht verstummen.

Bautätigkeit in Westdeutschland. Im Gebiete der großen Industriebezirke Westdeutschlands mußte an den meisten Plätzen infolge der überaus ungünstigen Witterungsverhältnisse im Januar die Bautätigkeit eingestellt werden. Die selbstverständliche Folge dieses Stillstandes war es, daß auch die Beschäftigung der Baustoffindustrien und des Baustoffhandels so ziemlich ins Stoden geriet. Es boten sich daher für die Angehörigen des Baugewerbes und der damit im Zusammenhang stehenden Industrieen nur in geringerer Maße Arbeitsgelegenheit. Ueber den Grad der Bautätigkeit an den einzelnen Orten meldet die Berliner „Tonindustrie-Zeitung“: In Herford ruhte der Betrieb auf dem Baunarkt fast vollständig; doch nahm man gegen Ende des Monats einige Bauten in Angriff. Die Aussichten für das Frühjahr sind gut. In Hamm regte sich hier und da auch noch etwas auf den Bauplätzen, doch war die Beschäftigung nicht allzu umfangreich. In Dortmund war die Bautätigkeit noch nicht ganz erloschen, wenn sie auch nur äußerst schwach war. In Düsseldorf war Stillstand eingetreten; das ist auch aus Münst., Borghorst, Neulinghausen und Gelsenkirchen zu berichten. Aus Lüben-scheid meldet man dagegen eine verhältnismäßig rege Bautätigkeit. In Detmold und Lemgo ruhen sämtliche Bauten, und in Hildesburg, sowie in Stadthagen war es noch stiller geworden, als es bereits in den letzten Wochen gewesen war.

Berichtigung! Im Jahresbericht des Bezirkes Köln haben sich zwei fälschlicherweise Druckerfehler eingeschlichen. Bezüglich der neuverkauften Wohnungen in Köln muß es statt „191“ 2 269 heißen. In der Lohnbewegungstabelle statt „Landsberg“ Bredberg. In dem Bericht von Remel ist richtig zu stellen: als 1. Vorsitzender wurde gewählt Heinrich Kindus, (nicht Steinberger). In dem Bericht von Oberhausen muß es heißen: Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in allen Orten, mit Ausnahme der der Maurer und Bauhilfsarbeiter in Sierkrade, inifich geregelt.

Bekanntmachungen.

Es wird hiermit erneut darauf aufmerksam gemacht, daß die im Winter in den ländlichen Gegenden wohnenden Mitglieder bei ihrer Abreise sich abzumelden, und sich in der Zentralstelle anzumelden haben, in deren Bezirk sie arbeiten.

Na also, nun hast du's auch erfahren,

daß Fays' ächte Sodener Mineral-Pastillen keinen in sich lassen, der sie benutzt, und daß sie auch in verzweifeltsten Fällen geradezu Wunder tun. Du hast heute glänzend gesungen, obgleich du gestern keinen Ton in der Kehle hattest, und das dankst du eben nur den Sodenern. Man kauft Fays' ächte Sodener für 85 Pfg. in jeder Apotheke, Drogerie oder Mineralwasserhandlung, lasse sich aber unter keinen Umständen Nachahmungen anschaffen.

Schwere Leiden

Das sind die Folgen unrichtiger Ernährung — Reibungschmerzen, Arterien, Geschwulst, Entzündung, etc. etc. Schlimm, Salinis, trockne Flechte, Gelenkentzündung, Schlingen, Pleuritis, Rheuma, Gicht, Leber, Nieren, Blasen, etc. etc. Wir haben die Broschüre: **Lehren aus der Schilke** für Beschlehdende nützlich sein. **Gratis zu beziehen durch: Seidmann H. E. Vidor & Co., Hamburg 21. 1.**

Sandow's Buch frei!

Dieses soeben erschienen Buch von Eugen Sandow, dem weltberühmten Gründer seines Körperpflege-Systems, lehrt jedermann, durch tägliche Übungen seinen Körper Gesundheit, Kraft und Schönheit zu verschaffen. Interessante Illustrationen! **Spezial-Angebot: Jeder Leser, der sofort schreibt, erhält ein Exemplar kostenlos und portofrei zugesandt.** Sandow's Buch-Verl. Co. Nr. 26, Berlin, Unterstadt 102.

Ein vollständiger Liebesbriefsteller,

zur Gewinnung der besten Liebesbriefe, ist ein treuer Führer zu allen Herzensgeheimnissen. Ein geschickter Liebesbrief bringt die Herzen näher, als alles andere, darum schreibt jeder Liebende nur nach diesem Liebesbriefsteller. Mit diesem Buch, das von dem berühmten Hochschüler Dr. phil. Friedrich Schlegel, Berlin 1832, verfaßt ist, werden Sie in der Lage sein, Ihre Liebste zu erheitern und zu beglücken. Preis M. 1.00. Nur in den Buchhandlungen.

Wir ersuchen daher unsere Mitglieder des Westdeutschen, Sächsischen und sonstiger Gebiete das Statut genau zu erfüllen. Die Passierer der lästlichen Zahlstellen haben nicht das Recht, an die auswärtigen Mitglieder Marken abzugeben.

Achtung! Ertenschwid. Zureisenden Kollegen bringe ich zur Kenntnis, daß unser Versammlungs- und Verkehrslokal beim Wirt Germa Rausch, Horneburgerstr. 349, befindet. Anmeldungen werden selbst vom Kassierer jeden Mittwoch und Samstag abends von 8-9 Uhr entgegengenommen. — Im genannten Lokale liegt auch die „Baugewerkschaft“ aus.

Verwaltungsstelle Breslau. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet Mittwoch den 20. März, abends 8 Uhr im Lokale Egn. Mauritiustpl. 4, statt. Die Kollegen von Oppeln, Gschütz und Warenberg sowie die zureisenden Kollegen sind zahlreich zu erscheinen. Die nächsten Versammlungen finden am 3. April, 17. April, 1. Mai, 15. Mai usw., ca. 14 Tage statt. Die Zureisenden werden ersucht, sich in Breslau am Büro Mauritiustplatz 4 zu melden. Morgens von 10-11 Uhr wird Arbeit nachgewiesen für am Orte selbst sowie auch für andere Städte der Provinz Schlesien.

Der Vorstand. NB. Jeden Sonnabend von 7-9 Uhr Zahlabend im Offenbacher Krankenkasse, Mauritiustplatz 4, wofelbst an- und Abmeldungen entgegengenommen werden. D. D.

Aufforderung! Wer die Adresse des Maurers Josef Brand, geb. zu Niederlein, kennt, wird ersucht, dieselbe sofort an Josef Stillger, Mülheim (Ruhr), Gilsstraße 7, gelangen zu lassen. Wir möchten hierbei warnen, dem pp. Brand irgendwelches Vertrauen entgegenzubringen. Derselbe ließ sich vom Kassierer zu Mülheim 40 M. blick einem Kollegen 180 M. Kostgeld schuldig urüchte dann aus. Uebrigens soll er in Saarbrücken, Raß und Essen begangen haben. Brand versteht es, in den Versammlungen das große Wort zu führen und sich das Vertrauen der Kollegen zu erwerben.

Sterbefaßel. Am 3. März starb unser Kollege Ludwig Goldmann infolge Blinddarmentzündung. Zahlstelle Essen (Maurer). Ehre seinem Andenken!

Einstimmig fällt die Damenwelt das

Urteil

daß zur Erhaltung eines rosigen, jugendfrischen und zarten Teints **Steckenpferd-Lilienmilch-Seife** von Bergmann & Co., Bredben, à St. 50 Pf., ein vorzügliches Mittel ist u. dieselbe ein zartes, reines Gesicht erzeugt. Ferner macht **Cream „Dada“** (Lilienmilch-Cream) rote u. spröde Haut in einer Nacht weiß u. sammetweich. Tube 50 Pfg.

Insperate in der „Baugewerkschaft“ haben den besten Erfolg!

Dieser Mann



ist sein eigener Arzt! Er wendet die Elektrizität, deren treifliche Heilwirkung bekannt ist, zu Hause ohne Berufshilfe an. Unser **Gratis-Buch** „Die Elektrizität als Naturheil-mittel“ (80 Seiten stark, mit Abbildungen) gibt darüber Aufklarungen, wie Elektrizität bei den besten Erfolgen gegen Nervenleiden, Schwächezustände, Rheumatismus, Gicht, Ischias, femer geg. auf ner wöser Basis beruhende Rückenschmerzen, Lähmungen, Magen- und Verdauungsbeschwerden angewandt wird. Viele Dank-schreiben. Verlangen Sie kostenlos. Zusend. d. Buch. von **Küster & Co., i. n. l. l.** Fabrik elektr.-mediz. Apparate, Frankfurt a. M., 90.

Allgemeiner Briefsteller oder praktische Anleitung, wie man Briefe nach den Regeln der guten Stils schreiben soll. Eine Sammlung von zahlreichen Freundschafts-, Familienbriefen, Glückwünschen, Einladungen, Dank-schreibern, Trost-, Empfehlungsschreiben, Bittschriften, Verweisen, Mahn-briefen, Liebesbriefen und Heirat-anträgen, kaufmännischen Briefen, Formularen zu Anzeigen, Quittungen, Wechsell, Anweisungen, Eingaben, Klagen, Kontrakten, Vormachten, nebst deutscher Sprachlehre und einem Fremdwörterbuch. 370 Seiten. Preis 1 M. 70 Pf. franko. — Großer Katalog gratis. — **Flecker's Verlag, Leipzig 82.**

Emil Hohfeldt, Dresden-N. 6, Ritterstraße 2 u. Spezialfabrikation und Versa- von **Berufsbekleidung** für Zimmerer, Maurer, Bauarb. usw. Preisliste u. Verlangen frei! Ha-

Achtung! Billiges Fleisch 10 Pfd.-Postpaket 6,50 M. franko Nachnahme, enth. Rind- und Schweinefleisch ohne Knochen. **R. Gröbel sen., Cabarz b. Waltershausen**